

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Griechenland: der EU-Hilfsplan steht – S. 4*
- *Linke Perspektiven in Ägypten – S. 7*
- *Kulturhauptstadt Ruhr 2010: aus und vorbei? – S. 12*
- *Sozialpolitik in der EU: Wer, wie was? – S. 18*
- *„De laude novae militae“ – Zu Hintergründen des Anschlags von A. Breiviks in Oslo und Utøya – S. 22*

Ausgabe Nr. 8 am 28. Juli 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart



Aufruf zur Eurodemonstration am 17. September in Wrocław/Breslau

www.dgb.de. Berlin. Anlässlich der polnischen EU-Ratspräsidentschaft und der Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen am 16./17. September in Wrocław/Breslau ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu einer Demonstration auf. In seinem Flugblatt heißt es: „Turbulenzen und Spekulation auf den Finanzmärkten bedrohen die wirtschaftliche und soziale Stabilität der Europäischen Union. Die europäischen Gewerkschaften erwarten von den gewählten Politikerinnen und Politikern jetzt entschlossenes und solidarisches Handeln: Macht Schluss damit, dass Finanzmärkte und Ratingagenturen die Politik bestimmen! ... Es ist Zeit für einen Richtungswechsel in Europa! Wir fordern ambitionierte Maßnahmen für ein soziales Europa und für eine faire und gerechte europäische Politik! Wir wenden uns gegen:

- das Diktat der Finanzmärkte und der Ratingagenturen unsoziale Sparmaßnahmen mit drastischen Lohnkürzungen und Sozialabbau
- Eingriffe in nationale Tarifsysteme
- die Schwächung des sozialen Dialogs in den Mitgliedstaaten
- Deregulierung von Arbeitsstandards
- Prekarisierung und Arbeitslosigkeit
- wachsende Einkommensunterschiede und soziale Spaltung
- Rentenkürzungen und Eingriffe in die nationalen Rentensysteme

Wir fordern:

- den Finanzmarkt umfassend zu regulieren, Spekulationen einzudämmen und Eurobonds einzuführen
- die Kontrolle der Ratingagenturen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Wahrung der Tarifautonomie
- leistungsfähige soziale Sicherungs-

systeme, um sozialen Zusammenhalt und Solidarität zu garantieren

- gute und sichere Arbeitsplätze – gerade auch für junge Menschen
- die bessere Nutzung bestehender europäischer Fördermittel für Investitionen
- eine nachhaltige Industriepolitik

Für europäische Solidarität, für die Stärkung des europäischen Sozialmodells und für ein nachhaltiges Wachstum!

Zwischenstand bei Stuttgart 21

alk. Nach Redaktionsschluss, genau zum Ferienbeginn in Baden-Württemberg, wird am Freitag der sogenannte Stresstest für den geplanten Bahnhofsumbau in Stuttgart der Öffentlichkeit präsentiert. Das Ergebnis ist bekannt: mit ein paar nicht allzu großen Änderungen ist der neue Bahnhof laut den Schweizer Gutachtern geeignet, in „wirtschaftlich optimaler Qualität“ mehr Züge abzufertigen als der bisherige. Die Einwände sind auch bekannt: der jetzige Bahnhof könne auch mehr Züge abfertigen als derzeit gefahren wird, der Umbau müsse zu einem Bahnhof in „Premiumqualität“ führen, ein neuer Stresstest müsse gemacht werden, bei dem das Aktionsbündnis den Fahrplan macht, oder manche sagen einfach: „Lügenpack“.

Nachdem das Aktionsbündnis gegen den Bahnhof zunächst an der öffentlichen Präsentation durch Heiner Geißler nicht teilnehmen wollte – für eine Show-Veranstaltung stehe man nicht zur Verfügung – will es jetzt doch hingehen. Dazu dürfte Verschiedenes beigetragen haben.

Erstens hat die grün-rote Landesregierung erklärt, sie akzeptiere den Stresstest. Das heißt, der grüne Teil der Regierung begräbt seine Hoffnung, dass es über festgestellte Mängel zu einer enormen Kostensteigerung kommt und das Land dann aussteigen könnte.

Zweitens nimmt der Kreis der Aktivisten gegen den Bahnhof eher ab. Bei den sogenannten Montagsdemo sind es um die 2000 Teilnehmer (nach Polizeizählung, nach Veranstalterangaben immer so das Zwei- bis Dreifache); die letzte „Großdemo“ mit dem Motto „endgültiger Baustopp“ war zwar mit um die zehntausend Teilnehmern beachtlich, konnte aber ebenfalls nicht mehr an die Zahlen im vergangenen Jahr anknüpfen.

Drittens hat die kurzzeitige Besetzung der Baustelle am Bahnhof, wobei ein Zivilpolizist schwer verletzt wurde, dämpfend gewirkt. Die Parkschützer und ihr Sprecher von Hermann hatten zunächst behauptet, dass die Polizei die Auseinandersetzung provoziert hätte und der Zivilpolizist als Agent

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de



In München geboren: Der Leopard, ein Produkt der KMW. Aus der Selbstdarstellung der Firma: (Internetbanner (Ausschnitt), <http://www.kmweg.de>, der unten dokumentierte Text steht unter dem Punkten WIRKSAMKEIT, ■ Urban Operations. M.F.



Orginaltext www.kmweg.de, 19.7.2011: „■ **Urban Operations** Effektiv aus kürzester Distanz In Zeiten asymmetrischer Bedrohungsszenarien umfasst das gesamte Spektrum militärischer Missionen zunehmend den Einsatz in bebautem Gelände. Diese unübersichtlichen und deckungsreichen Operationsgebiete erschweren nicht nur Aufklärungsmöglichkeiten und Beweglichkeit, sie bedingen auch unerwartet auftretende Kampfhandlungen auf kurzer Distanz. Militärische Operationen in urbanen Territorien stellen daher besonders hohe Anforderungen an die eingesetzten Truppen. Rundumschutz gegen Panzerabwehrwaffen, IEDs und Minen sind hier Schlüsselfaktoren für erfolgreiches Wirken genauso wie Bewaffnungen mit Wirkung auf kurzer Kampfdistanz, effektive Sichtsysteme zur Nahfeldbeobachtung, hohe Mobilität in bebautem Gelände und die Vermeidung von Kollateralschäden.“

(aus Münchner Lokalberichte, 21. Juli)

Provocateur aufgetreten sei. Inzwischen haben Staatsanwaltschaft und Polizei die Videomaterialien bei den Parkschützern beschlagnahmt und herausgefunden, dass auf den von den Parkschützern verbreiteten Handyvideos eine andere Person als der Polizist zu sehen ist: zwar ebenfalls mit Lederjacke und glatzköpfig, aber einer erkennbar anderen Hose. Ferner sind vier Personen ermittelt, die den Zivilpolizisten angegriffen haben; einer davon sitzt in Untersuchungshaft.

Viertens hat sich die Stimmung in Stuttgart gedreht. Nach einer vom Statistischen Amt der Stadt am 26. Juli veröffentlichten Bürgerumfrage gibt es wieder eine deutliche Mehrheit für den Bahnhofsumbau: 43 Prozent der

über 4300 Befragten habe eine gut oder eine sehr gute Meinung zu dem Projekt und nur noch 34 Prozent eine schlechte oder sehr schlechte Meinung. Bei der vorigen Bürgerumfrage im Jahre 2009 waren noch 47 Prozent ablehnend. Neben der Schlichtung durch Heiner Geißler, bei der ausführlich öffentlich nochmals die Gründe für und gegen das Projekt dargelegt wurden, macht der Leiter des Statistischen Amtes auch die allgemeine Stimmungslage verantwortlich. 2009 wurden angesichts der Wirtschaftskrise alle großen Investitionsvorhaben in der Stadt eher negativ beurteilt (Sparen statt Schuldenmachen); jetzt finden angesichts des Wirtschaftsaufschwung alle großen Bauprojekte (Stadtbahnnetz, verschie-

dene Stadtquartiere, Klinikum usw.) Zustimmung. Der zuständige Ordnungsbürgermeister Schairer meinte: „Hier hat eine schweigende Mehrheit gesprochen. Wir haben eine regelrecht Zukunfts-, ja eine Aufbruchstimmung in der Stadt.“ In den Mittelschichten, die die Protestbewegung getragen haben, hat offensichtlich die Stimmung umgeschlagen.

Laut Koalitionsvereinbarung soll nun eine Volksabstimmung stattfinden. Einem Gesetzentwurf zum Ausstieg aus Stuttgart 21 haben die Grünen im Kabinett und ein SPD-Minister zugestimmt, die anderen nicht. Jetzt soll diese Prozedur im Landtag wiederholt werden, um dann, weil das Gesetz scheitert, es dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Es gibt aber verfassungsrechtliche Bedenken – und wenn die Bahn AG erst einmal die Bauarbeiten für die großen Tunnel vergeben hat, wird sich jeder fragen, warum jetzt noch darüber abstimmen.

Krieg in Libyen

maf. Nach jüngsten Pressemeldungen werden in dem von der Regierung in Tripolis kontrollierten Teil Libyen im Lauf der nächsten Wochen die Vorräte an Treibstoff und Lebensmitteln ausgehen. Aktuell wird berichtet, dass die Nato sich nun offen zum Angriff auf zivile Ziele bekennt, der Militärsprecher des Nato-Einsatzes in Libyen, der kanadische Oberst Roland begründete dies am 26.7. laut „Der Standard“ damit, dass die Gaddafi-Truppen zunehmend Einrichtungen besetzen würden, die einst zivilen Zwecken gedient hätten. Gleichzeitig schwirren Gerüchte um Verhandlungen zwischen Tripolis, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den USA und anderen durch die Medien. Der Ministerpräsident der von Gaddafi bestimmten Regierung in Tripolis, Al-Baghdadi Ali Al-Mahmoudi, machte den Stopp der Nato-Luftangriffe zur Bedingung für Verhandlungen mit dem „Nationalen Übergangsrat“, der von immer mehr Staaten der westlichen Welt als legitime Regierung Libyens anerkannt wird. Die deutsche Bundesregierung hat diesem Gremium letzte Woche ein Darlehen in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. – In Militärkreisen verdichtet sich die Meinung, dass ein Sieg der sogenannten „Rebellen“ ohne fortdauerndes Engagement der Nato weder erreicht noch stabilisiert werden kann. Sicher ist, dass die Kriegereignisse in Libyen den durch die Beschlussfassung der UN Sicherheitsrates gezogenen Rahmen durchbrochen haben und sicher ist auch, dass die Rebellion bis jetzt nur ein schwaches, Regime hervorgebracht hat, das in all seinen Regungen von Unterstützung auswärtiger Mächte abhängt.

Griechenland – der EU-Hilfsplan steht

Der EU-Gipfel in Brüssel vergangene Woche hat erstaunliches beschlossen:

Der griechische Staat bekommt einen – teilweisen – Schuldenschnitt. Der EFSF wird ermächtigt, für 20 Milliarden Euro alte griechische Schuldpapiere zu einem Kurs von 60% zu kaufen. EFSF steht für „European Financial Stability Facility“, auf Deutsch „Europäische Finanzstabilitätseinrichtung“. Diese Einrichtung entstand im Mai 2010. Der EFSF ist eine privatrechtlich organisierte Einrichtung mit Sitz in Luxemburg. Seine Anteilseigner sind die 17 Eurostaaten. Geleitet wird der Fonds, der etwa ein Dutzend Mitarbeiter hat, von dem Deutschen Klaus Regling. Der EFSF verwaltet bisher den „Eurorettungsschirm“, nimmt Kredite auf den Finanzmärkten auf, fast zur Hälfte bisher bei asiatischen Geldgebern, wie Regling kürzlich berichtete, und stellt diese Mittel Euromitgliedsländern nach Beschlüssen seiner Eigener und in Absprache mit EU und EZB zur Verfügung. Nominal belaufen sich die griechischen Schuldpapiere, die der EFSF nun aufkaufen darf, auf 32,6 Milliarden Euro. Die bisherigen Besitzer der Papiere – Banken und Versicherun-

gen, die zu dem Tauschgeschäft bereit sind – bekommen als Gegenleistung EFSF-Schuldscheine, die von allen 17 Euro-Staaten garantiert sind und bei denen sie deshalb ziemlich sicher sein können, in Zukunft keinen Kursverlust zu erleiden. Im Ergebnis sinkt die Gesamtverschuldung des griechischen Staates um 12,6 Milliarden Euro.

Gleichzeitig wird der EFSF ermächtigt, mit weiteren Mitteln in Höhe von 72 Milliarden Euro die Laufzeit bestehender griechischer Staatsschuldpapiere auf 15 Jahre, teilweise 30 Jahre zu verlängern, die für diese Papiere zu zahlenden Zinsen auf 3,5 bis 4,5 Prozent zu senken oder neue Kredite an Griechenland zu diesen Konditionen zu vergeben. Mehr noch: Der EFSF ist ermächtigt, vergleichbare Aktionen künftig auch für andere Länder wie Portugal oder Irland durchzuführen. Der IWF sagt zu, weitere Kredite bis zu 37 Milliarden Euro an Griechenland zu vergeben, falls die Athener Regierung das beantragt. Drittens sagten die in Brüssel vertretenen Banken zu, ebenfalls bei Bedarf weitere Kredite – laut Berichten bis zu 37 Milliarden Euro – an die Regierung in Athen zu diesen

Konditionen zu vergeben, wenn ihnen der EFSF diese wie oben beschrieben garantiert.

Gleichzeitig forderten die Regierungschefs „eine umfassende Strategie für Wachstum und Investitionen in Griechenland“. Arbeitsgruppen der EU-Kommission und der Europäischen Investitionsbank sollen mit griechischen Regierungsvertretern beraten, um alle Instrumente – die EU-Strukturfonds, Agrarhilfen, Investitionsprogramme, EU-Sozialfonds usw. – für eine Verbesserung der Wachstumschancen der griechischen Wirtschaft einzusetzen.

Mehr als ein Jahr lang hatte sich die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel vehement gegen die jetzt beschlossene Regelungen gestemmt.

Beispiel Eurobonds: Diese Schuldscheine, für die entweder die EU, die Europäische Investitionsbank oder eine Gruppe von EU-Staaten gemeinsam bürgen und die deshalb als besonders zinsgünstig und kurssicher gelten, sind seit Jahren im Gespräch. Immer wieder hatten sich Merkel & Co gegen solche Schuldscheine gestemmt. Diese seien marktwirtschaftliches Teufels-

Offizielle Dokumente, Pressestimmen

Erklärung der Staats- und Regierungschefs (Auszüge)

1. Wir begrüßen die Maßnahmen, die die griechische Regierung getroffen hat, um die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren und die Wirtschaft zu reformieren, sowie das neue Maßnahmenpaket, einschließlich der Privatisierungen, das unlängst vom griechischen Parlament verabschiedet wurde. Es sind dies beispiellose, aber notwendige Anstrengungen, um der griechischen Wirtschaft wieder zu einem nachhaltigen Wachstum zu verhelfen. Uns ist bewusst, welche Anstrengungen diese Anpassungsmaßnahmen für die griechischen Bürgerinnen und Bürger bedeuten, und wir sind überzeugt, dass diese Opfer unumgänglich sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, und zur künftigen Stabilität und zum Wohl des Landes beitragen werden.

2. Wir sind uns einig, ein neues Programm für Griechenland zu unterstützen und – zusammen mit dem IWF und dem freiwilligen Beitrag des Privatsektors – die Finanzierungslücke vollständig zu schließen. Der offizielle Gesamtbetrag der Finanzierung wird etwa 109 Mrd. Euro betragen. Mit diesem Programm sollen, insbesondere über niedrigere Zinssätze und längere Laufzeiten, die Schuldentragfähigkeit und das Refinanzierungs-

profil Griechenlands entscheidend verbessert werden. Wir rufen den IWF auf, weiterhin zur Finanzierung des neuen Programms für Griechenland beizutragen. Wir beabsichtigen, für die nächste Auszahlung die EFSF als Finanzierungsinstrument zu verwenden. Wir werden die strikte Einhaltung des Programms auf der Grundlage der regelmäßigen Beurteilungen der Kommission in Verbindung mit der EZB und dem IWF sehr eng überwachen.

3. Wir haben beschlossen, die Laufzeit künftiger EFSF-Darlehen an Griechenland so weit wie nur möglich von derzeit 7,5 Jahren auf mindestens 15 und bis auf 30 Jahre mit einer tilgungsfreien Zeit von 10 Jahren zu verlängern. In diesem Zusammenhang werden wir eine angemessene Überwachung nach der Durchführung des Programms sicherstellen. Wir werden EFSF-Darlehen zu Zinsen zur Verfügung stellen, die denen der Zahlungsbilanzfazilität (derzeit ca. 3,5 %) entsprechen und die nahe bei, jedoch nicht unter den EFSF-Finanzierungskosten liegen. Wir haben ferner beschlossen, die Laufzeiten der derzeitigen Griechenland-Fazilität erheblich zu verlängern. ...

4. Wir fordern eine umfassende Strategie für Wachstum und Investitionen in Griechenland. Wir begrüßen die Entscheidung der Kommission, eine

Arbeitsgruppe einzusetzen, die mit den griechischen Behörden zusammenarbeiten wird, um die Strukturfonds auf die Aspekte Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildung auszurichten. Wir werden die EU-Fonds und Institutionen wie die EIB für diese Zwecke einsetzen und die griechische Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden unverzüglich alle erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um eine außerordentliche technische Unterstützung bereitzustellen, damit Griechenland die Reformen durchführen kann. Die Kommission wird über die Fortschritte auf diesem Weg im Oktober Bericht erstatten.

5. Der Finanzsektor hat seine Bereitschaft erklärt, Griechenland auf freiwilliger Basis durch eine Reihe von Optionen zu unterstützen, mit denen die langfristige Tragfähigkeit insgesamt weiter gestärkt wird. Der Beitrag des privaten Sektors wird sich netto auf etwa 37 Mrd. Euro⁽¹⁾ belaufen. Die Bonitätssteigerung wird zur Abstützung der Qualität der Sicherheiten dienen, damit diese weiterhin für den Zugang der griechischen Banken zu Liquiditätsoperationen des Eurosystems genutzt werden können. Sofern erforderlich werden wir angemesse-

zeug, weil sie „falsche Anreize“ für leichtfertige Schuldnerstaaten setzen, eine „Transferunion“ herbeiführten usw. Und jetzt? Jetzt wird der EFSF genau solche Schuldscheine in großer Zahl zum Kauf anbieten – nur, dass diese nicht den bei Merkel & Co verpönten Namen „Eurobonds“ tragen.

Beispiel EZB: Deren Kauf von Anleihen verschuldeter Euroländer war nicht nur aus der Bundesregierung, sondern auch von hiesigen Wirtschaftswissenschaftlern, allen voran Professor Sinn aus München, Leiter des Ifo-Instituts, als Tabubruch und Verstoß gegen Grundregeln der Marktwirtschaft gegeißelt worden. Die EZB würde damit ihre Pflicht zur Sicherung der Preisstabilität im Euroraum gefährden, ihre Eigentümer schädigen (weil möglicherweise Verluste entstünden, die die Gewinnabführung der EZB-Eigentümer, also der Zentralbanken der Einzelstaaten, an die einzelstaatlichen Haushalte schmälern würden). Außerdem würde unsolides Haushaltsgebaren damit belohnt. Sinn & Co schlugen stattdessen vor, Griechenland der verdienten „Bestrafung“ durch die Finanzmärkte auszusetzen, aus dem Euro zu „entlassen“ und einen „Schuldenschnitt“ zu vollstrecken (der vermutlich etliche griechische Banken und ihnen verbundene Unternehmen in

den Ruin geschickt hätte).

Und jetzt? Jetzt ist die EZB durch die EU-Beschlüsse bestätigt und von allen Regierungschefs in Schutz genommen. Auch die Warnungen der EZB vor einem „Schuldenschnitt“ werden respektiert. Sollten griechische Banken dadurch in Schwierigkeiten geraten, werden die EU-Staaten und der EFSF Mittel zur Verfügung stellen, um diese Banken, ähnlich wie hierzulande bei der Hypo-Real-Bank und der Commerzbank geschehen, mit zusätzlichem Eigenkapital zu versorgen.

Die EZB ist damit aus der Kritik, ihre bisherige Rettungsarbeit wird in der Sache bestätigt, und sie kann den Vorwurf mangelnder Unabhängigkeit an sich abperlen lassen.

Beispiel Morgenthau- oder Marshallplan: Monatlang war – auch in konservativen Kreisen – die Politik der EU, insbesondere die der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien („griechische Inseln verkaufen“ usw.) als eine Strategie nicht der Sanierung, sondern der Zerstörung der griechischen Wirtschaft angegriffen worden. Tatsächlich war die Regierung in Athen in den letzten Monaten nicht mehr in der Lage, ihr zustehende EU-Mittel zu nutzen, weil sie die vertraglich geforderte Ko-Finanzierung nicht leisten konnte. Zahlreiche EU-Vorhaben, die

ne Ressourcen zur Rekapitalisierung griechischer Banken bereitstellen. (...) (1) Unter Berücksichtigung der Kosten der Bonitätssteigerung für die Zeit 2011-2014. Weitere 12,6 Mrd. Euro werden über ein Schuldentrückkaufprogramm aufgebracht werden, so dass insgesamt 50 Mrd. Euro zur Verfügung stehen werden. (Brüssel, 21. Juli 2011)

Marshallplan, EWF

Im Ursprungsentwurf der Gipfelerklärung ist von einem „Marshallplan“ die Rede. Gemeint sind technische Hilfen und die vorgezogene Auszahlung von EU-Subventionen zur Konjunkturbelebung. Doch einige Staats- und Regierungschefs ... stören sich an dem symbolträchtigen Begriff: Es gehe nicht um ein ausgebombtes Land. Das Wort wird gestrichen. (...)

Sarkozy tritt als Erster vor die Kameras, verkündet die Einigung: „Wir haben entschieden, Griechenland als Mitglied des Euro und der Euro-Zone zu unterstützen“, sagt der Franzose. Dann kommt ein Satz, der vielen nicht gefallen wird: Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone, erklärt Sarkozy, hätten soeben „die Gründung eines europäischen Währungsfonds eingeleitet“. (Financial Times Deutschland, Online, 21.7.2011)

Banken kommen glimpflich davon

Die Banken kommen glimpflich davon. Sie müssen nur auf 20 Prozent ihrer

Forderungen an Athen verzichten. (Welt Online, 22.7.2011)

Professor Sinn möchte 20% Zinsen

Scharfe Kritik äußerte ifo-Präsident Hans-Werner Sinn: „Die Sozialisierung der Schulden in Europa geht munter weiter“, sagte er. Die Senkung des Zinssatzes auf 3,5% bedeute eine massive Subvention für Griechenland. Am Markt müsste Griechenland fast 20 Prozent zahlen. „Das zusätzliche Geld, das den Griechen jetzt fast schon geschenkt wird, wird nie wieder zurückkommen“, sagte Sinn. (Handelsblatt, 22.7.2011)

Kommentar von Bernd Heusinger

Richtig und unausweichlich ist indes, dass die deutsche Regierung und ganz vorne weg Angela Merkel schon wieder eingeknickt sind. (...) Das ist das eigentlich Dramatische an der Eurokrise: Die Weltfremdheit der deutschen Ökonomen, die die Kanzlerin beraten. Und eine Kanzlerin, die ohne Begeisterung für Europa auf diese Berater hört. So stellen Chronisten schon heute fest, dass erstens jede Position der Kanzlerin zur Eurokrise ein guter Kontrastindikator war für das, was später beschlossen worden ist. Und zweitens, dass die deutsche Regierung mit ihren unsinnigen oder uneinsichtigen Forderungen die Krise jeweils verschärft hat, statt sie zu lösen.

(Berliner Zeitung, 22.7.2011)



Griechische Euromünze: Europa geprägt.

nach EU-Haushaltsregeln geprüft und bestätigt waren, waren so faktisch auf Eis gelegt. Griechische Unternehmen gingen Bankrott, weil ihnen Lieferungen und Leistungen von griechischen staatlichen Stellen nicht mehr bezahlt wurden. Die Jugendarbeitslosigkeit im Land stieg auf „spanische“ Rekordhöhe: 45% der jungen Menschen sind arbeitslos. Und nun? Jetzt werden die EU-Mittel ausgezahlt trotz Mängeln der Ko-Finanzierung. Die Strangulierung des griechischen Staatshaushalts wird deutlich gelockert. Die griechische Regierung spricht offiziell, die EU-Kommission in internen Papieren von einem „Marshallplan“.

Warum dieser Politikwechsel?

Vermutlich hat eine Kombination von sehr verschiedenartigem gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Druck gegen Merkel & Co., aber auch gegen andere europäische Gläubigerstaaten wie Frankreich, Großbritannien, Benelux und Skandinavien, den jetzt vollzogenen Kurswechsel herbeigeführt.

Zum einen hatten große Konzerne der EU vor einer Krise der EU und des Euro öffentlich gewarnt. Das sich solche Konzerne so öffentlich in das Politikgeschäft einmischen, ist selten. Umso mehr findet so etwas bei Merkel & Co Gehör.

Zweitens: Das hierzulande unter Wirtschaftswissenschaftlern verbreitete Dogma, Zentralbanken dürften nicht auf Märkten für Staatspapiere intervenieren, weil sonst falsche Zins- und Risikosignale entstünden und schlampige staatliche Haushaltspolitik belohnt werde („moral hazard“), dieses Dogma ist gefallen. Noch im Februar hatten 189 deutsche Wirtschaftswissenschaftler, angeführt von Professor Sinn & Co., in einer öffentlichen Erklärung vor jeder Hilfe für hochverschuldete Euroländer gewarnt. „Günstige Kreditkonditionen und die Haftung der europäischen Staatengemeinschaft würden hochverschuldeten Ländern massive Anreize bieten, die

Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und eine Verschuldungspolitik zu Lasten der EU-Partner fortzusetzen“, erklärten sie.

Wichtig für die Widerlegung dieses Dogmas waren gleich zwei neue Studien. Einmal eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel über die Märkte für Staatspapiere und deren Zinsverhalten (Kiel Policy Brief Nr. 29, Mai 2011, „Für einen Schuldenschnitt und gegen den Rettungsschirm? Argumente auf dem Prüfstand“). Darin wird die „reine Lehre“ der Angebotsökonomie, die Finanzmärkte seien klüger als Regierungen und würden bei unsolider Haushaltswirtschaft frühzeitig höhere Zinsen von solchen Regierungen verlangen, an der praktischen Zinsentwicklung der letzten Jahren überprüft. Ergebnis: Diese Theorie zerschellt an der Wirklichkeit. Bis zum Ausbruch der Griechenlandkrise lagen die Zinsen für Staatsschuldspapiere aus Griechenland, Spanien, Irland usw. auf fast exakt der gleichen Höhe wie die für deutsche Staatspapiere. Um es deutlich zu sagen: Die Märkte waren nicht klug, sondern blind. Bis unmittelbar vor Ausbruch der Krise ahnten sie rein gar nichts.

Dieser Widerlegung eines Dogmas aller Marktwirtschaftler folgte ein zweiter Knall. Im Juni veröffentlichte der IWF eine Studie über Zentralbankinterventionen auf den Märkten für Staatsschuldspapiere (IMF Working Paper WP 11/145).

Deren Kernaussagen sind: Zahlreiche Zentralbanken haben in den letzten Jahren unter dem Druck der weltweiten Finanzkrise Staatsschuldspapiere in Zahlung genommen, um die Zinsen für solche Schuldspapiere niedrig zu halten, damit die dahinter stehenden Staaten nicht in Schwierigkeiten geraten. Nach der hiezulande unter Wirtschaftswissenschaftlern wie Professor Sinn & Co. herrschenden Meinung dadurch drohende negative Folgen, vor allem ein Anstieg der Inflation, traten aber nicht ein! Genannt werden in der Studie u.a. die US-Zentralbank, die inzwischen fast 900 Milliarden Dollar US-Staatsschuldspapiere in ihren Tresoren lagert und so die Zinsen dafür zur Freude des US-Finanzministers niedrig hält. Genannt wird weiter die japanische Zentralbank, die etwa 7,5% der Tokioer Staatsschuld, umgerechnet 350 bis 400 Milliarden Euro, so viel wie die gesamte griechische Staatsschuld, in ihren Büchern hält. Nach den Maßstäben, die hiezulande als Beleg für einen drohenden Staatsbankrott gelten, müsste das Land seit Jahren pleite sein. Dritter Sünder wider den heiligen marktwirtschaftlichen Geist und alle Gebote: Die britische Zentralbank. Sie hielt im Herbst 2010 fast ein Viertel aller britischen Staatsschulden in ihren Kassen, um die Zinsen für

britische Staatspapiere niedrig zu halten. Ähnlich verfahren, so der IWF, die Schweizer Zentralbank, die von Israel, Australien, Südkorea usw.

Fazit der IWF-Studie: Solche Aktivitäten seien vertretbar und „geeignet“, dauerhaft in den „Handwerkskasten“ von Zentralbank-Aktivitäten aufgenommen zu werden – vorausgesetzt, die Unabhängigkeit der jeweiligen Zentralbank werde nicht angetastet. Damit war auch die EZB, die bisher für ca. 74 Milliarden Euro Schuldspapiere Griechenlands, Portugals und anderer Staaten aufgekauft hat, seitens des IWF entlastet.

Drittens: Immer wieder hatten Medien, Fachleute, aber auch Rechtspopulisten jeder Sorte, in den vergangenen Monaten polemisiert, „wir“ würden „die Griechen“ mit Milliarden Steuergeldern subventionieren usw. In Österreich brachte die rechtsradikale FPÖ diese Grundstimmung, die in vielen reicheren EU-Ländern am rechten Rand geschürt wird, mit einer demagogischen Parole auf den Punkt: „Kein Euro für Pleitestaaten. Unser Geld für unsere Leute!“ Dieser rechten Hetzkampagne trat – nach Monaten des Schweigens – am Tag des EU-Gipfels endlich auch das Bundesfinanzministerium entgegen, indem es meldete, Deutschland habe bisher fast 200 Millionen Euro Zinsen und Gebühren aus Krediten und Bürgschaften des EFSF, der EU usw. an die griechische Regierung verdient. Soviel zum „Zahlmeister Europas“!

Zu all dem kam hinzu der große Druck der griechischen Bevölkerung sowie die immer offensichtlicher werdenden negativen Ergebnisse der bisherigen Programme für die griechische Wirtschaft und die griechische Bevölkerung.

Das alles zusammen, verbunden mit den Beschlüssen der griechischen Regierung und des Parlaments, die versuchen, die unsolide Haushaltswirtschaft vergangener Regierungen zu beenden, haben den jetzigen Kurswechsel der Bundesregierung und auch der EU zum Ergebnis gehabt.

Wie weiter?

Der griechische Staat hat durch die Beschlüsse in Brüssel wahrscheinlich seine finanzielle Handlungs- und Planungssicherheit zurückgewonnen. Kredite von 15 und mehr Jahren Laufzeit für Zinsen von 3,5 bis 4,5 Prozent, da kann man, wie Berliner sagen würden, „nicht meckern“.

Jetzt müssen die der Schulden- und Eurokrise zugrundeliegenden strukturellen Probleme angepackt werden. Das wird nicht schnell gehen. Die wirtschaftliche Struktur ganzer Volkswirtschaften wie der Griechenlands – und vermutlich auch Portugals – zu sanieren, weg von traditionellen, viel-

fach nicht mehr weltmarktfähigen Industriebranchen wie Schiffbau, Textil, Bekleidung, Möbel hin zu modernen Branchen wie Elektronik, Pharmazie, Logistik, Energie dauert viele Jahre.

Solche Prozesse sind aber unverzichtbar, wenn die Gefahr eines Auseinanderbrechens der EU und damit auch für den Euro verringert werden soll. Wenn die EU es nicht schafft, den Riss zu kitten, der sich in den letzten Jahren insbesondere zwischen ihren industriellen Zentren in Deutschland, Frankreich, den Benelux-Ländern und Skandinavien auf der einen und ihren Mitgliedsländern am Mittelmeer auf der anderen Seite aufgebaut hat, gerät ihre Legitimation als Solidargemeinschaft in Gefahr.

Gleich von mehreren Seiten wurde nach dem Brüsseler Gipfel betont, die EU sei „enger zusammengedrückt“. Das mag sein. Die Ergebnisse des Brüsseler Gipfels sind ein Signal in Richtung Vertiefung, Ausbau und Fortentwicklung der Europäischen Union, nicht in Richtung Auseinanderbrechen und Zerfall. Die zugrunde liegenden Strukturprobleme aber – Wachstum in der Kernzone, speziell in Deutschland, und zum Glück auch in Osteuropa, Stagnation, sogar Niedergang in Portugal, Griechenland und teilweise in Spanien und Italien – sind nicht gelöst.

In dem großen, europaweiten Diskussionsprozess, wie es weiter gehen soll mit der EU, mit dem europäischen Haushalt, dem Euro, der EZB und anderen Einrichtungen, wird auch das Lissaboner Vertragswerk überprüft werden. Denn so viel ist richtig an der Kritik der Gegner von Rettungsschirm, Eurobonds und EFSF: Im Lissaboner Vertragswerk der EU war eine solche Krise und die Notwendigkeit des Aufbaus solcher Institutionen nicht vorgesehen. (rül)

Quellen: Handelsblatt, 21.7. und 22.7.2011; IMF Working Paper 11/145 vom Juni 2011; Institut für Weltwirtschaft, Kiel, „Kiel Policy Brief Nr. 29, Mai 2011; Berliner Zeitung, 26.2.2011 („Ökonomie auf dem Holzweg“) und aktuelle Ausgaben; Interview mit Klaus Regling in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.7.2011; dpa, Reuters, n-tv, Ticker zum Brüsseler Gipfel, 21. und 22.7.2011; Pressekonferenz der Bundeskanzlerin, 22.7.2011, www.bundesregierung.de.

PS: Es kann sein, dass der Bundesregierung infolge der Beschlüsse in Brüssel ein Parlamentarier abhanden kommt. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, seit Monaten Gegner aller Hilfsprogramme für Griechenland, vor seinem Bundestagsmandat Berater des Finanzdienstleisters MLP, hat eine Sondersitzung des Bundestags gefordert. Begründung: Der Ankauf griechischer Staatsanleihen verstoße gegen einen Beschluss des Bundestages vom Februar 2011 (n-tv, Ticker, 21.7.11, 20.08 Uhr).

Linke Perspektiven in Ägypten

In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Partei Die Linke lud die Fraktion Die Linke vom 27. bis 29. Juni 2011 zu Begegnungen mit linken Aktivisten und Aktivistinnen aus Ägypten ein.

Ägypten befindet sich in einem Übergangsprozess, dessen Ausgang noch unklar ist. Die Demokratiebewegung organisiert sich in basisdemokratischen Zusammenschlüssen und gründet neue Parteien. Im Vordergrund steht jetzt auch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Die Armee geht teils gewaltsam gegen die Bewegung vor. Menschenrechtsverletzungen durch Folter und Verhaftungen sind keine Ausnahme. In welche Richtung bewegt sich Ägypten? Wie groß ist die Gefahr, dass demokratische Bestrebungen unterdrückt und menschenrechtsverletzende Praktiken bestehen bleiben? Welche Rolle spielen die Jugendbewegung und die Gewerkschaften? Welche Chance haben die neuen zivilgesellschaftlichen Komitees, Koalitionen, Organisationen und linken Parteien? Welche Rolle spielen die Muslimbrüder? Wie sehen die Erwartungen der ägyptischen Protestbewegung an die Partei und Fraktion Die Linke aus? Diese Fragen hat Annette Groth, Sprecherin für Menschenrechtspolitik der Fraktion, als Moderatorin mit fünf Gästen aus Ägypten diskutiert:

- Mai Choucri ist die Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kairo. Sie ist Mitglied im Lenkungsausschuss der Vereinigung der progressiven Jugend der Revolution (al-Rabta).
- Mamdouh Habashi ist linker Globalisierungskritiker und Mitbegründer der neu gegründeten sozialistischen Partei Ägyptens.
- Akram Youssef ist Maschinenbauingenieur, Autor und politischer Aktivist. Nach der ägyptischen Revolution vom 25. Januar gründete er die Vereinigung der progressiven Jugend der Revolution (al-Rabta).
- Hala Shukrallah ist Direktorin des Development Support Centers, das sich kritisch mit der Wirkung internationaler Fördergelder auseinandersetzt. Sie ist Mitbegründerin des Frauenzentrums Die neue Frau.
- Moataz Al-Hefnawy ist Elektroingenieur und Mitglied der kommunistischen Partei.

Hala Shukrallah betonte, dass die ägyptische Protestbewegung jetzt nicht nur Solidarität braucht. Vielmehr sollten wir Linke uns gemeinsam gegen eine globale Politik wehren, die zu Ungerechtigkeit und Verarmung führt.

Der Militärrat in Ägypten versucht die Menschen davon zu überzeugen, dass es eine Frage der Reform, nicht der Revolution und Neuordnung sei.

Immer mehr Menschen begreifen den Militärrat als Bedrohung für eine Demokratisierung des Landes. Das hat zu einem Bruch der revolutionären Kräfte geführt. Viel zu spät und erst auf immensen Druck hin kam es zu Anklagen von Regierungsvertretern. Das System der „Checks und Balances“ ist immer noch schwach ausgeprägt. Mechanismen, um gegen Rechtsverletzungen vorzugehen, müssen erst noch eingerichtet werden. Auch die Medien sind vom Militär kontrolliert und unterliegen daher einer Zensur.

Akram Ismail Youssef gab einen Überblick über die Jugendbewegung und ihre Rolle in der ägyptischen Revolution. Die Jugend hat die Revolution angestoßen. Bereits seit etwa zehn Jahren hatten sich kritische Jugendliche in der „Kifaya“- („es reicht“) Bewegung engagiert. Die Proteste begannen, als die jungen Leute die Rolle von Polizei und Sicherheitsapparat in Frage stellten. Auslöser für ihren Protest war die Ermordung von Khaled Said durch die Polizei in Alexandria. Die jungen Leute haben sich nach 18 Tagen der Proteste basisdemokratisch in Organisationen und Komitees organisiert. Die Nachbarschaftskomitees haben nach dem Zusammenbruch der Polizei die Rolle übernommen, für Sicherheit in ihren jeweiligen Bezirken zu sorgen und sich insbesondere gegen die einsetzenden Plünderungen zu schützen. Sie haben eine Überwachungsfunktion, aber versuchen auch, den konfessionellen Spannungen zu begegnen. Daneben haben sich zentrale Komitees wie z.B. al-Rabta gegründet. Al-Rabta ist ein Netzwerk, eine Art Pool für linke junge, politisch aktive Menschen. Anfangs haben sich in al-Rabta Freunde und Bekannte zusammen getan. Inzwischen haben sie ein „Outreach“-Programm entwickelt, um auch junge Leute in ärmeren Bezirken anzusprechen. Die ärmeren Bezirke zu erreichen ist nicht einfach, da hier konservative Kräfte stärker verankert sind.

Die jungen Leute wollen sich nicht von den Parteien und ihren starren und hierarchischen Strukturen vereinnahmen lassen und bevorzugen für ihre politische Arbeit die basisdemokratischen und horizontalen Strukturen.

Mamdouh Habashi beschrieb in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Armee. Diese hat Angst ihre Pfründe zu verlieren, die sie sich durch Kontrolle der Wirtschaft und insbesondere Anteile an den großen Industrien gesichert hat (Textilbranche etc.). Daher hat die Armee auch kein Interesse an einer unabhängigen Interessenvertretung der Arbeiterbewegung. Immer noch sind die alten Gesetze in Kraft, die den Arbeitern eine unabhängige Interes-

senvertretung verbieten. Kampagnen für eine unabhängige Gewerkschaft sind in Vorbereitung. Der Westen muss daher einige „Unruhen“ tolerieren, wie Streiks etc. Diese sind notwendig, um Veränderungen anzustoßen.

Die Muslimbrüder sind eine Kraft, haben sich aber von der Revolution gelöst – viele insbesondere der jungen Mitglieder sind darüber bestürzt. Bei den Muslimbrüdern besteht ein Generationenkonflikt, der sich durch die Revolution verstärkt hat. Viele der jüngeren Mitglieder unterstützen die Revolution und Forderungen nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Sie haben sich ursprünglich bei den Muslimbrüdern engagiert, da diese vor der Revolution ein Forum für die politische Opposition waren, in vielen Gegenden sogar die einzige Plattform für kritische politische Meinungen. Dies war insbesondere in den ländlichen Gegenden, z.B. in Oberägypten der Fall. Viele der jungen Mitglieder sympathisieren mit linken Ideen.

Mai Choucri betonte, dass die Revolution stark von den Frauen mitgetragen wurde, die sich auf dem Tahrir Platz versammelt und demonstriert haben und aktiv bei der Gründung und Organisation der Nachbarschaftskomitees mitgewirkt haben. Insgesamt entsprach die Stimmung auf dem Tahrir Platz in der ersten Phase der Revolution einer Utopie: Menschen aus unterschiedlichsten Lebensverhältnissen und politischen Prägungen kamen miteinander ins Gespräch. So z.B. erinnert sie sich an intensive Diskussionen zwischen Nawal Al Saadawi, einer bekannten ägyptischen Frauenrechtlerin, mit Vertretern von islamistischen Gruppen. Jetzt drohen Frauen im Zuge der Institutionalisierung und Repräsentanz in politischen Strukturen an den Rand gedrängt zu werden. Nur eine Frau wurde Ministerin.

Empfehlungen der ägyptischen Aktivistinnen und Aktivisten an die deutsche Linke:

- Die Linke soll die Bundesregierung dafür zur Verantwortung ziehen, dass sie autoritäre Regime unterstützt.
- Die Linke soll die demokratischen Kräfte in Ägypten in Deutschland/Europa sichtbar machen und unterstützen. Viele politische Zusammenkünfte, Nachbarschaftskomitees etc. brauchen gerade jetzt Zuspruch und Unterstützung.
- Die Linke soll sich mit der Arbeiter- und Jugendbewegung solidarisieren und deren Forderung nach einer unabhängigen Interessenvertretung der Arbeiterschaft aktiv unterstützen. *Von Tanja Tabbara, www.linksfraktion.de/nachrichten/linke-perspektiven-aegypten*

Kurden als „ausländische Terroristen“ in Deutschland verhaftet

Von Nick Brauns

Wie die Generalbundesanwaltschaft mitteilte, wurden am Sonntag, den 17. Juli, zwei mutmaßliche Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland von Beamten des Bundeskriminalamtes festgenommen. Den beiden in Freiburg und am Düsseldorfer Flughafen festgenommenen 28-jährigen türkischen Staatsbürgern wird die Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch vorgeworfen. Sie sollen Leiter der PKK-Jugendorganisation Komalen Civan in Deutschland gewesen sein und auf Kultur- und Sportveranstaltungen Jugendliche für die Guerilla oder eine politische Kadertätigkeit angeworben haben.

Bislang wurden Kader der PKK als Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung“ nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch (StGB) verfolgt. Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes von Oktober 2010 wird inzwischen nach dem Paragraphen 129b StGB ermittelt. Die PKK strebe einen „staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak an“ behauptet die Bundesanwaltschaft, obwohl sich die PKK und ihr Führer Abdullah Öcalan seit rund zwanzig Jahren von einem solchen Ziel verabschiedet haben und lediglich Autonomierechte und Selbstverwaltung für die Kurden im Rahmen der bestehenden Staaten einfordern. Als terroristische Vereinigung im Ausland ordnet die Bundesanwaltschaft die PKK ein, da diese über „militärisch strukturierte Guerillaeinheiten“

verfüge, „die Attentate auf türkische Polizisten und Soldaten verüben“. Obwohl sich die PKK immer von Anschlägen auf Zivilisten distanziert hat, behauptet die Bundesanwaltschaft, die PKK habe seit 2004 auch Anschläge auf zivile Ziele in Großstädten und Tourismuszentren der Türkei begangen. Tatsächlich haben sich für diese Anschläge die nach eigenen Angaben von der PKK aufgrund ihrer zugemäßigten Linie abgespaltenen „Freiheitsfalken“ (TAK) bekannt. Doch die Bundesanwaltschaft folgt hier offenbar ohne weitere Beweise der Vorgabe der türkischen Justiz, wonach es sich bei den TAK um eine Untergruppierung der PKK handelt.

Ein erstes 129-b-Pilotverfahren, für das das Bundesjustizministerium eine ausdrückliche Ermächtigung geben musste, beginnt Mitte August vor dem Frankfurter Oberlandesgericht gegen einen mutmaßlichen PKK-Kader.

Nick Brauns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro Ulla Jelpke, MdB Die Linke.

IAO nimmt Übereinkommen über Hausangestellte an

Die zweite und letzte Beratung über ein Übereinkommen und eine Empfehlung der IAO für Hausangestellte wurde am 16. Juni erfolgreich abgeschlossen, der damit zu einem historischen Tag für Millionen von Hausangestellten in aller Welt wurde, die endlich als Arbeitnehmer/innen anerkannt worden sind und denen die gleichen Grundrechte gewährleistet werden wie anderen Gruppen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Das Übereinkommen wurde mit 396 gegen 16 Stimmen (15 Arbeitgebervertreter sowie die Regierung von Swasiland) bei 63 Enthaltungen angenommen. Die Empfehlung wurde mit 434 gegen 8 Stimmen (ausnahmslos Arbeitgebervertreter) bei 42 Enthaltungen angenommen. Dank einem neuen Sprecher der Arbeitgebergruppe fanden die diesjährigen Verhandlungen in einem sehr viel konstruktiveren und positiveren Geist statt als im letzten Jahr, als die Arbeitgebervertreter ständig versuchten, die Diskussionen durch Verfahrenstaktiken zu blockieren. Die Arbeitnehmergruppe erhielt weiterhin starke Unterstützung von verschiedenen Regierungen, insbesondere von Australien, Brasilien (für die Grulac-Länder), Frankreich, Namibia und Südafrika (für die afrikanischen Länder) und den Vereinigten Staaten. Wie im letzten Jahr hielten sich die EU-Regierungen, insbesondere das Vereinigte Königreich, mit ihrer Unterstützung zurück. Neben den in den IAO-Kernübereinkommen dargelegten grundlegenden Rechten (Vereinigungsfreiheit, Kol-

lektivverhandlungen, Beseitigung der Kinderarbeit und der Zwangsarbeit) sind die wichtigsten Errungenschaften unter anderem die folgenden: • das Recht auf einen schriftlichen Vertrag • Regelung der Arbeitszeit • Arbeitsschutzbestimmungen • Deckung durch die soziale Sicherheit, einschließlich Mutterschutz • Schutz von migrantischen Hausangestellten, einschließlich Überwachungsmechanismen für Arbeitsvermittler. Einige Regierungen (beispielsweise die Philippinen und Uruguay) haben bereits erklärt, dass sie die Ratifizierung in die Wege leiten werden. Die Mitglieder des von der IUL unterstützten Internationalen Netzwerks der Hausangestellten, IDWN, haben bei den gesamten Vorbereitungsarbeiten für das Übereinkommen eine entscheidende Rolle gespielt. Ihr Beitrag wurde vom Generaldirektor des IAA, Juan Somavia, gewürdigt, der außerhalb des Plenarsaals den Sieg mit IDWN-Vertreterinnen und -Vertretern feierte. Näheres zu den Verhandlungen findet sich in Englisch unter Domestic Workers auf der IUL-Website.

Quelle: <http://cms.iuf.org> – 21-06-2011

Prekäre Beschäftigung: Kekse und Waffeln von Kraft

In der Fabrik von Bector Food Specialties in Phillore-Ludhiana im nordindischen Bundesstaat Punjab stellen 720 Arbeiter und Arbeiterinnen die Oreo-Kekse von Kraft Foods her. Von diesen 720 Arbeitskräften sind 625 unmittelbar beschäftigte Gelegenheitskräfte (500 Frauen und 125 Männer), 60 sind Vertragsarbeiter/innen, und nur 35 sind festangestellt – gerade

einmal fünf Prozent. Die 625 Gelegenheitskräfte haben keinen Arbeitsvertrag und leisten mindestens Zwölf-Stunden-Schichten. Die Fabrik, die im Sieben-Tage-24-Stunden-Betrieb arbeitet, fährt nur zwei Schichten. Im Durchschnitt verdienen sie 3.200 Rupien pro Monat, das sind umgerechnet 49,80 Euro, was 17% unter dem Mindestlohn für den Bundesstaat Punjab liegt. Bector Foods übt eine extreme Beschäftigungsflexibilität aus und entlässt Arbeitskräfte nach Belieben. Ohne einen Vertrag können die Arbeiter/innen nie ihren rechtlichen Anspruch auf eine feste Beschäftigung geltend machen (nach den geltenden Vorschriften sichert eine fortlaufende Beschäftigung von 240 Tagen automatisch den Anspruch auf einen festen Arbeitsplatz). Noch wichtiger ist, dass Kraft Foods sich von jeglicher Arbeitgeberverantwortung distanzieren kann – und de facto die „Verantwortungslücke“ verdreifacht.

Bector Food Specialties stellt eigene Markenkekse sowie Gewürze und Soßen her. Es betreibt sechs Fabriken in Indien und beschäftigt 2500 Arbeitskräfte. Neben der Herstellung von Kraft Foods-Marken beliefert es auch andere große transnationale Unternehmen, die in Indien tätig sind, wie McDonald's.

Quelle: <http://cms.iuf.org> 14-07-2011

Kupferarbeiter in Chile im Streik

Etwa 17 000 Arbeiter des staatlichen chilenischen Kupferkonzerns Codelco sind am Montag, dem 6. Juli, in einen Streik getreten, um gegen eine mögliche Privatisierung des weltweit



Korea: Polizeigewalt gegen Gewerkschaften

Die Polizei in Korea hat gegen 10 000 Arbeiter/innen und ihre Familien, die sich am 9. und 10. Juli auf einem Protestmarsch in Richtung des Hanjin Schwerindustriehafens befanden, Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt. Ziel der Polizei war es, die Solidarität mit den seit Dezember 2010 entlassenen Arbeiter/innen und Mitgliedern der koreanischen Metallarbeitergewerkschaft zu schwächen. Kim, Jinsuk und andere, die seit Januar einen Sitzstreik am Hafenkran 85 abhalten, wird der Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und anderen lebensnotwendigen Dingen erschwert. Gegen mehrere Gewerkschafter/innen wurden Haftbefehle erlassen, 50 von ihnen wurden in den letzten 48 Stunden festgenommen und wieder freigelassen. Das Unternehmen klagt auf hohen Schadensersatz. Nach dem Strafrecht in Korea, Paragraph 314, oder wegen „Geschäftsbehinderung“ können Unternehmen gegen Individuen und Gewerkschaften klagen, die ihre Arbeit niederlegen.

Quelle: <http://www.labourstart.org>

größten Branchenunternehmens zu protestieren. Vorgesehen ist eine zentrale Kundgebung gegenüber dem Regierungspalast La Moneda. Dabei wollen sich die Kupferarbeiter gemeinsam mit der Lehrervereinigung und den Studentenverbänden für die Renationalisierung des Erzes einsetzen. „Das wichtigste Unternehmen dieses Landes ist in Gefahr und das werden wir nicht hinnehmen, wir müssen das Erbe Chiles verteidigen“, bekräftigte der Vorsitzende der nationalen Kupfergewerkschaft, Raimundo Espinoza. Nach Meinung des Gewerkschaftsfunktionärs passen die Privatisierungsabsichten der aktuellen Regierung zum Denkschema der Rechten, nach dem nur das Private effizient sei. Der Gewerkschafter Cristián Cuevas befürchtet, dass es zu einer verdeckten Privatisierung kommt, bei der das Unternehmen zunächst heruntergewirtschaftet wird, um es dann zu verkaufen. Cuevas pflichtete dem chilenischen Ökonomen Julián Alcayaga bei, der angesichts des 2010 beobachteten Kupferpreises keine Erklärung dafür hat, warum Codelco im Vergleich zu früheren Jahren einen derartigen Einnahmerückgang zu verzeichnen hat. Der Streik fällt mit dem 40. Jahrestag der Nationalisierung des Kupfers durch die Regierung von Präsident Salvador Allende zusammen. Inzwischen hat die vom Militärregime unter Pinochet begonnene und von späteren Regierungen vertiefte Denationalisierung dazu geführt, dass heute

70 Prozent des Kupfers von großen privaten Minengesellschaften gefördert werden.

Quellen: <http://amerika21.de> 12.07.2011 – <http://online.wsj.com>

Protest gegen Mord an Gewerkschafter in Guatemala

29.6.2011: Idar Joel Hernández Godoy, Finanzsekretär der Gewerkschaft der Bananenarbeiter im Department Izabal (Sitrabi) wurde am Morgen des 26. Mai von bisher unbekannten Tätern ermordet. Sie schossen von einem Motorrad aus auf Idar Hernández, als er in einem Auto der Gewerkschaft in Richtung Morales zum Sitz von Sitrabi fuhr. Das war bereits der zweite Mord an einem Sitrabi-Mitglied in 2011. Die Kampagne „Make Fruit Fair!“ (Macht Früchte fair!) unterstützt den internationalen Solidaritätsaufruf von Sitrabi für Gerechtigkeit und fordert eine unabhängige Untersuchung der Fälle und die Verurteilung der Täter.

Im April diesen Jahres wurde bereits Oscar Humberto González Vásquez, ein Kollege von Idar Joel Hernández Godoy, von Unbekannten ermordet. Der Sitrabi-Generalsekretär Noé Ramírez erklärte, die Situation seiner Gewerkschaft wäre schlimmer als zur Zeit des Bürgerkriegs in Guatemala in den 1980er Jahren. Noés Bruder Marco Tulio Ramírez Portela, Sitrabi-Kultursekretär, war im September 2007 ebenfalls einem Mordanschlag

zum Opfer gefallen. Es gibt Vermutungen, die jüngsten Morde könnten mit einer Klage von Sitrabi zusammenhängen, dass Guatemala nicht die im Freihandelsvertrag mit den USA (CAFTA) festgelegten Arbeitsrechts-Garantien erfüllt. Guatemala könnte mit einer Sanktion von 15 Millionen Dollar belegt werden. Zudem bereiten Sitrabi und die Lateinamerika-Koordinierung der Bananengewerkschaften COLSIBA eine Konferenz über Soziale Unternehmensverantwortung und Arbeitsrecht für kommenden August vor. Zentrales Thema ist die Repression gegen Gewerkschaften an der südlichen Pazifikküste Guatemalas. Kurz vorher wird mit Beteiligung von Sitrabi die 2. Gewerkschaftskonferenz gegen Straflosigkeit in Guatemala stattfinden.

Anfang Juni besuchte eine Delegation der Make Fruit Fair!-Kampagne die Region an der Karibikküste und bekam bei Gesprächen mit Idar Joels Familie und Sitrabi einen Eindruck von dem Terror, den die Mörder der Gewerkschafter verbreiten. Die Mitarbeiter/innen von Sitrabi, die täglich um ihr Leben fürchten müssen, gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die ständige Bedrohungssituation durch internationale Solidarität überwunden werden kann. Die Gewerkschaft Sitrabi organisiert seit mehr als 60 Jahren unter schwierigsten Bedingungen Arbeiter/innen im Bananenanbaugebiet von Izabal. Erfolgreich ist ihre Arbeit auf zwei Del-Monte-Farmen, in denen mehr als 95% der Arbeiter/innen gewerkschaftlich organisiert sind. Lohnhöhe, eine Basisgesundheitsversorgung und die Beachtung von Arbeitsrechten sind im Tarifvertrag verankert.

Quelle: <http://www.makefruitfair.de>

Vietnam: 93 000 Beschäftigte in Schuhfabriken im Streik

Zwischen dem 24. und 29. Juni streikten nicht weniger als 93 000 Beschäftigte der Pou Yuen Vietnam Company für bessere Arbeitsbedingungen. Pou Yuen ist eine Tochterfirma des weltgrößten Schuhproduzenten Pou Chen und einer ihrer größten Kunden ist Adidas. Weder die Mutterfirma noch Adidas haben sich dazu geäußert, wohl aber die Staatsmacht, die etwa 20 Streikorganisatoren verhaftete. Bereits im letzten Jahr hatte es bei Pou Yuen einen größeren Streik gegeben, drei Arbeiter wurden deswegen zu langen Haftstrafen verurteilt. Das Hongkonger Sacom („Students & Scholars Against Corporate Misbehavior“, auf Deutsch etwa: „Schüler und Studierende gegen Fehlverhalten von Unternehmen“) schickte die Forderungen nach Lohnerhöhung und Straffreiheit auch an Adidas.

Quelle: <http://sacom.hk>

Bundesweites KARAWANE-Treffen in Hamburg

HAMBURG. Am 13./14. August findet in Hamburg das nächste offene bundesweite KARAWANE-Treffen statt. An diesem Wochenende wollen wir an die Konferenz in Hannover anknüpfen und einen Schwerpunkt auf die Situation und die Entwicklung des Flüchtlingswiderstands in Norddeutschland legen. Wir wollen neben den Flüchtlingsgemeinschaften aus Niedersachsen auch Interessierte und Aktive aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg einladen, sich an diesem Treffen zu beteiligen. Wir werden die Ergebnisse der Konferenz vorstellen, um dann gemeinsam zu diskutieren, welche weiteren Strategien und Aktionen sowohl in den einzelnen Lagern als auch zentral möglich sind. Für Niedersachsen gibt z. B. den Vorschlag, am 3. September (eine Woche vor den niedersächsischen Kommunalwahlen) eine zentrale Demonstration in Hannover zu organisieren, um die Forderungen der Flüchtlinge in die Öffentlichkeit zu bringen. Es wäre hilfreich, wenn schon vorab viele Leute dazu eine Rückmeldung geben, ob die Teilnahme für Menschen aus ihrer Region überhaupt in Frage kommt. vorläufige Tagesordnungspunkte beim KARAWANE-Treffen sind:

- Brecht die Isolation – Schließt alle Lager
- Fortsetzung der Diskussion der Konferenz in Hannover
- Dokumentation, Organisation, Aktion in Norddeutschland
- „Break the Isolation“ Aktionstage zur Schließung der Lager in Thüringen
- Konzept für eine regelmäßig erscheinende KARAWANE-Zeitung
- das Tribunal gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Misshandlung von Flüchtlingen durch den deutschen Staat.

www.thecaravan.org

Veranstaltungen vom 7. bis 20. November „Stoppt die Waffenhändler“

OFFENBACH. Connection e.V. – Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure – konnte Emanuel Matondo für eine Veranstaltungsreihe zwischen dem 7. und 20. November 2011 zum Thema „Stoppt die Waffenhändler: Rüstungsgüter ‚Made in Germany‘ ins südliche Afrika“ gewinnen. Er arbeitet seit Jahren zu Themen wie Krieg, Militär, Rüstungsexporte, Korruption und den sich in den Gesellschaften des südlichen Afrikas dagegen entwickelnden Widerstand. Die Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern weisen kontinuierlich steigende Werte auf. U-Boote und Kriegsschiffe, Kampfjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen, Lizen-

zen zur Waffenproduktion und ganze Rüstungsfabriken werden ausgeliefert. Zu den Empfängern zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Deutschland ist der größte Waffenexporteur Europas und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten. Was das für die Menschen in den Empfängerländern bedeutet, soll am Beispiel einiger Länder des südlichen Afrikas mit der Veranstaltungsreihe deutlich gemacht werden. Die Veranstaltungsreihe wird gemeinsam durchgeführt von Connection e.V., der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel und der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. Damit wird die derzeit laufende Kampagne der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel unterstützt, die den Stopp der deutschen Rüstungsexporte fordert.

www.connection-ev.de www.aufschrei-waffenhandel.de

BUND: Lufthansa wäscht sich mit Testflügen grün

HAMBURG/FRANKFURT A. M./BERLIN: „Der Einsatz von Agrosprit im Luftverkehr zur CO₂-Minderung ist eine ökologische Mogelpackung“, kritisierte Werner Reh, Verkehrsexperte vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), anlässlich der am 15. Juli von Lufthansa gestarteten Flugversuche mit Biosprit. Die Lufthansa wolle ihre Klimaziele fast ausschließlich mit der Beimischung von Agrosprit erreichen. Damit müsste jedoch der Anbau von Energiepflanzen künftig enorm ausgeweitet werden. Die damit einhergehende weltweite Zerstörung von Wäldern, der Verlust der Artenvielfalt und die Konkurrenz zu Nahrungsmitteln seien unverantwortbar, so Reh. Mit ihren Testflügen würde die Lufthansa dieser ökologisch fatalen Entwicklung den Weg bereiten. Statt CO₂-Emissionen aus dem Flugverkehr auf Kosten der Umwelt schönzurechnen, müssten schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden, um diese tatsächlich zu senken. Dazu müssten an erster Stelle die zehn Milliarden an Subventionen, die jährlich in den Flugverkehr fließen, gestrichen werden. Außerdem müsse der europäische Emissionshandel für den Flugverkehr nachgebessert werden, um Kostenwahrheit herzustellen. Dringend zu beseitigen sei dabei die Anrechnung von Biokraftstoffen als „Nullemission“, weil dadurch der Anreiz zur Effizienzsteigerung sinke. Reh: „Ob mit oder ohne Biosprit – Kurzstreckenflüge sind immer klimaschädlich und vermeidbar. Eine Bahnfahrt von Frankfurt am Main nach Hamburg verursacht einen CO₂-Ausstoß von nur 17 kg, ein Flug dagegen 78 kg. Klima-

schutz im Flugverkehr geht nicht ohne eine möglichst vollständige Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn.“

www.bund.net

European Network Academy startet am 9. August

FREIBURG. Drei Jahre nach der erfolgreichen ersten europäischen Attac-Sommerakademie in Saarbrücken treibt Attac die internationale Vernetzung sozialer Bewegungen weiter voran: mit der European Network Academy for Social Movements (ENA) vom 9. bis 14. August in Freiburg. „Unsere gemeinsame Zukunft bauen – Alternativen für eine bessere Welt entwickeln!“ lautet das Motto des Treffens, zu dem das europäische Attac-Netzwerk hunderte Aktivisten aus ganz Europa und vielen außereuropäischen Ländern erwartet. Auf dem Programm stehen mehr als 130 Workshops und Podien zu den vier Leitthemen „Wege aus der Demokratiekrise der EU“, „Wege zu einem demokratisch kontrollierten Finanzsystem“, „Wege zu einem umweltgerechten Europa“ und „Wege zu einem sozialen Europa“. Exkursionen und ein vielfältiges Kulturprogramm runden das Angebot ab. Arbeitssprachen sind Deutsch, Englisch und Französisch; die Veranstaltungen werden teilweise simultan übersetzt. Im Vorfeld der ENA findet darüber hinaus am 8. und 9. August in der Freiburger Volkshochschule ein Treffen des weltweiten Attac Netzwerks statt, das Globalisierungskritiker von Kanada bis Japan und von Westafrika bis Finnland zusammenführen wird. Die globale Dimension der Krise und die Antwort der sozialen Bewegungen werden das zentrale Thema dieser Konferenz sein.

www.attac-netzwerk.de

Haushalt 2012: Zu kurz gesprungen – Nur leichter Anstieg der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

BONN. Der heute vom Bundeskabinett verabschiedete Haushaltsentwurf 2012 ist für die Entwicklungspolitik ein ganz winziger Schritt in die richtige Richtung. Die vorgesehene Erhöhung des Entwicklungsetats um 113,8 Millionen Euro reicht aber bei weitem nicht aus, dem seit Jahrzehnten von allen Bundesregierungen wortreich unterstützten Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, auch nur näher zu kommen. „Die Bundesregierung ist mutlos“, so Ulrich Post, Vorstandsvorsitzender des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). „Investitionen in Entwicklungszusammenarbeit sind vorausschauende Investitionen in Stabilität und breitwirksames Wachstum. Aber auch diese

Bundesregierung traut sich nicht, endlich mal einen großen Sprung bei den Entwicklungsausgaben zu machen.“ Rückhalt für die Forderung gibt es auch im Bundestag: Die Mehrheit der gewählten Volksvertreter, 360 Abgeordnete aller Fraktionen, haben einen entwicklungspolitischen Konsens unterzeichnet, in dem sie fordern, im Haushalt 2012 mindestens 1,2 Milliarden Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitzustellen. „Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble müssen dieses Votum ernst nehmen und umsetzen“, fordert Post. Deutschland hat sich mit dem Stufenplan der EU verpflichtet, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern. Nach den aktuellen Zahlen der OECD sind es zurzeit gerade mal 0,38 Prozent.

www.venro.org/presse.html

Arbeitsmarktpolitischer Aufruf

BERLIN. 30 namhafte Persönlichkeiten und renommierte Fachleute der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Hochschulen fordern in einem gemeinsamen Aufruf die Bundesregierung zur arbeitsmarktpolitischen Umkehr auf.

Sie fordern

- eine Rücknahme der Sparbeschlüsse in der Beschäftigungsförderung,
- mehr Handlungsspielräume für die Jobcenter vor Ort,
- mehr sinnvolle Beschäftigungsangebote für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose und
- die rechtliche und finanzielle Absicherung der Institutionen, die vor Ort die Leistungen für diese Personen erbringen, so etwa Beschäftigungsunternehmen oder Fortbildungseinrichtungen.

Die Sparbeschlüsse und die anstehende „Instrumentenreform“ bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik führen zu einer immer stärkeren und immer einseitigeren Konzentration auf lediglich gut vermittelbare Arbeitslose. Gleichzeitig werden die Hilfen für diejenigen, die auf absehbare Zeit ohne realistische Chance auf eine Vermittlung sind, abgebaut oder erschwert. Die Konsequenz ist eine fatale Zerteilung des Arbeitsmarktes. Langzeitarbeitslose und schwer Vermittelbare werden dabei zunehmend „auf der Strecke“ bleiben, wenn kein Kurswechsel eingeschlagen wird, darunter auch viele benachteiligte Jugendliche. Bitte unterstützen Sie den Aufruf. Für eine Arbeitsmarktpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt.

Sie brauchen dazu lediglich eine Mail mit Namen und Funktion bzw. Organisation an folgende Adresse schreiben:

aufruf@arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de. Anfang September werden wir den Aufruf mit allen Unterstützernamen den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zukommen lassen. Wir sind guten Mutes, dass dies der Auftakt zu einer breiten Diskussion über die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland wird.

<http://www.arbeitsmarktpolitik-fuer-alle.de/>

Ein Jahr neues Vergabegesetz in Berlin – aber keine neue Vergabe

BERLIN. Die im FAIRgabe-Bündnis vertretenen Gewerkschaften und umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen aus Berlin kritisieren die mangelhafte Umsetzung des neuen Landesvergabegesetzes, das genau vor einem Jahr am 22.7.2010 in Kraft getreten ist. Circa fünf Milliarden Euro gibt allein das Land Berlin jährlich für Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen aus. Mit dem Vergabegesetz sollte eine ökologische, soziale und faire Produktion dieser Bedarfe gesichert werden. Ein Blick in aktuelle Ausschreibungen zeigt jedoch, dass das Gesetz bis heute kaum Umsetzung findet. Ein Grund dafür wird deutlich, wenn man sich die Rundschreiben der Berliner Senatsverwaltung zu ILO-Kernarbeitsnormen ansieht. Obwohl Zertifikate zu den zentralen Kontrollinstrumenten der Richtlinien gehören, fehlen in den Schreiben der Verwaltung umfassende Informationen zu der komplexen Materie. Vereinzelte Rechercheempfehlungen sind oft veraltet. Ohne gezielte Schulungen sind die meisten Beschaffenden mit den neuen Kriterien jedoch überfordert, zumal die Vergabestellen personell kaum in der Lage sind neue Aufgaben nebenbei zu bewältigen. Zusätzlich widerspricht die Berliner Senatsverwaltung ihren eigenen politischen Vorgaben. Als Nachweis für die Einhaltung der Richtlinien wird den Vergabestellen die von Unternehmen zu unterzeichnende „Eigenerklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen“ empfohlen. Bei dieser Eigenerklärung handelt es sich nicht, wie der Name verspricht und anders als in anderen Bundesländern gehandhabt, um eine Erklärung über die Einhaltung der sozialen Standards. Vielmehr kann das Unternehmen hier mit einer bloßen Unterschrift erklären, dass es eben nicht dazu in der Lage ist, Nachweise zu erbringen. Würde es der Gesetzgeber ernst meinen, müsste der Bieter in einem solchen Fall vom Verfahren ausgeschlossen werden.

„Aus unserer Sicht ist das keine Umsetzung der Vorschriften zu den ILO-Kernarbeitsnormen. Es ist eine Mogelpackung aus der Trickkiste des Vergaberechts“, so Veselina Vasileva von WEED für das FAIRgabe-Bündnis. „Die eigentliche Funktion einer Ei-

generklärung ist es, eine klare Nachfrage nach sozial und fair hergestellten Produkten zu schaffen. Mit der Berliner Praxis wird dieser Zweck verfehlt und eine unsoziale und unfaire Produktion von Gütern auf der Basis des neuen Vergabegesetzes legitimiert“, so Astrid Geiermann vom Berliner entwicklungspolitischen Ratschlag – BER. „Angesichts solcher Schlupflöcher ist es nicht verwunderlich, dass auch die angekündigte Kontrollgruppe bis dato fehlt. Die Abgeordneten hatten – anders als vom Senat ursprünglich vorgesehen – die verbindliche Einrichtung einer Kontrollkommission gefordert und beschlossen. Mit welcher Besetzung und ab wann diese aktiv werden soll, ist jedoch noch völlig unklar“, kritisiert Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg die mangelhafte Umsetzung ...

www.weed-online.org/themen//4977073.html

Protest gegen grenznahe Uranfabrik in den Niederlanden

BONN, ALMELO, GRONAU, NORDHORN. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) protestiert gegen den drohenden Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) im grenznahen Almelo und wird den Widerstand der niederländischen Antiatomkraftbewegung mit einer eigenen Einspruchskampagne unterstützen. Im Genehmigungsverfahren sind auch Einsprüche aus der Bundesrepublik zulässig. Bereits in früheren Verfahren hatten der BBU und andere Initiativen und Verbände, besonders aus Nordrhein-Westfalen, zahlreiche Einsprüche aus der Bundesrepublik in Den Haag eingereicht. Der BBU fordert auch von den Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover Aktivitäten gegen den Ausbau und Betrieb der niederländischen Urananreicherungsanlage.

Die Urananreicherungsanlage in Almelo soll zur Versorgung von weltweit ca. 50 Atomkraftwerken auf eine Kapazität von 6 200 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr ausgebaut werden. Zudem sind u. a. die Lagerung von zukünftig insgesamt rund 70 000 Tonnen Uranhexafluorid (bisher ca. 55 000 t) und der Bau einer Verladestation für Urancontainer vorgesehen.

www.contraatom.de



Kulturhauptstadt Ruhr 2010: aus und vorbei?

Konferenz der Fraktion Die Linke im RVR diskutiert über Sicherung der Nachhaltigkeit

„Nach dem Kulturhauptstadtjahr: Kooperation entwickeln – Masterplan Kulturmetropole Ruhr auf dem Prüfstand“, so hieß eine Konferenz der Fraktion Die Linke im Regionalverband Ruhr (RVR) am 18.6. 2011 in Essen. Höchst fachkundig diskutierten die knapp 50 Teilnehmer/innen diese Frage mit u.a. Dr. Joachim Hetscher (Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW), Heinz-Dieter Klink (RVR-Regionaldirektor), Ria Jansenberger (Ruhr 2010 GmbH), Ralf Michalowski (MdL Die Linke), Jörg Obereiner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im RVR) und Ferhat Keskin (Schauspieler), die als Referenten teilnahmen.

Die Konferenz knüpfte an zwei Konferenzen der Fraktion Die Linke im RVR in den Jahren 2008 und 2009 an, vor dem Kulturhauptstadtjahr. Es vertrat zwar niemand, dass das Kulturhauptstadtjahr gar nichts gebracht hat, wie Künstler der freien Szene vorher befürchteten. Es gab viele gute Projekte, auch unter den Groß-„Events“, auf

die die Kulturhauptstadt zu sehr gesetzt hat, wie z.B. die Aktion „Schachtzeichen“. Was davon jedoch bleiben wird und ob die regionale Kunst- und Kulturszene nachhaltig profitiert, ist bisher jedoch nur schwer abzusehen. Das liegt auch daran, dass es inzwischen zwar eine Flut von Veröffent-

lichungen zur Kulturhauptstadt gibt, aber keine von der Ruhr2010 oder dem RVR organisierte Diskussion.

Klar ist, dass etliche Investitionen in „Steine“ bleiben wie das Ruhrmuseum oder auch der Essener Hauptbahnhof, der endlich renoviert wurde. Am Dortmunder U oder dem Lehmbruck-



Andreas Bomheuer (Kulturdezernent der Stadt Essen), Johannes Brackmann (Kulturbeirat der Stadt Essen) und Wolfgang Freye (Fraktion Die Linke im RVR) bei der Konferenz.

Ausblick

Aus dem Konferenz-Beitrag von Johannes Brackmann, Vorsitzender des Kulturbeirates der Stadt Essen

... Genug gemeckert; die Kulturhauptstadt ist ja nicht ... angetreten, um die gesamten Problem der Region zu lösen. Der Masterplan Kulturmetropole Ruhr in der noch vorliegenden Form wird dies aber auch nicht können – schon gar nicht mit solchen Plastikwortungen wie: „kreative Metropolregion“, „vernetzte Innovationsräume“ oder „kompetenzfeldorientierte Metropolstrategie“ oder noch schlimmer „transdisziplinäre Metropolenkompetenzfelder“.

Ich stelle auch infrage, ob es sinnvoll ist, kulturelle Entwicklung entlang von Bereichen wie Theater & Performing arts, Städte- und Metropolen-transformation, Interkultur/Kulturelle Vielfalt, der Kreativwirtschaft sowie „einfache Kompetenzfelder“ und „Basiskompetenzfelder“ zu fördern.

Was aus meiner Sicht gebraucht wird, ist eine offene und ehrliche Analyse der Verhältnisse in der Region, die Benennung der Stärken (das hat Ruhr 2010 ausführlich getan), aber auch der Schwächen (das hat sie ausführlich nicht getan). Erst daraus lassen sich dann zukünftige Handlungsstrategien und Entwicklungsfelder ableiten, wie z.B.

- kulturelle Teilhabe (Stichwort Kulturpass für Einkommensschwache),
- Partizipation und zeitgemäße Formen der kulturellen und künstlerischen Beteiligung,
- die Bewältigung der Finanzkrise der Kommunen ...
- die Bewältigung des demografischen Wandels (Interkultur/Migration, die Schrumpfung der Bevölkerung, die Alterspyramide),
- die Entwicklung von Experimentierräumen und -möglichkeiten für die junge nachwachsende Künstlergeneration,

- die Thematisierung von Urbanisierungsdefiziten und sozialer Ungleichheit in den Städten der Region mit Mitteln der Kultur,
- den Abbau der seit Jahren sich verschärfenden Förderungsgerechtigkeit zwischen der sogenannten Hochkultur und der Freien Kultur/Soziokultur ...

Aus dem, was ich hier schlaglichtartig beschrieben habe, lassen sich für mich abschließend folgende Anforderungen an einen – ich würde ihn mal schlicht nennen – „Kulturentwicklungsplan Emscher/Ruhr“ ableiten.



Museum in Duisburg, deren Kosten ins Uferlose entgleiten, und auch an den um 3,5 Mio. Euro jährlich gestiegenen Betriebskosten des von der Krupp-Stiftung finanzierten Um- bzw. Neubaus des Folkwang-Museums in Essen wird deutlich: Manche Kosten werden noch Jahre lang die Kulturetats der Städte belasten und den Druck zu Kürzungen bei Theatern, Operhäusern und vor allem der freien Szene drastisch erhöhen.

Die freie Szene wurde nach Meinung vieler Kritiker ohnehin nicht ausreichend beteiligt. Die Ruhr2010 GmbH hat noch nicht einmal den Vorschlag aufgegriffen, ein Internetportal einzurichten für die zahlreichen offiziell abgelehnten freien Projekte, die dennoch verwirklicht wurden. Ebenso wenig wurde die von der Fraktion Die Linke verfolgte Chance genutzt, einen Kulturpass für das Ruhrgebiet einzuführen, der regional den Zugang zu den ermäßigten Eintrittspreisen für Kultureinrichtungen erleichtert, um Erwerbslosen und Niedrigverdienern Teilhabe zu ermöglichen.

Bei der Konferenz bestand Übereinstimmung, dass solche Ziele weiterverfolgt werden müssen. Der Kulturdezernent der Stadt Essen, Andreas

Bomheuer, sprach sich z.B. ausdrücklich dafür aus. Ebenso sahen es alle als notwendig an, zu verhindern, dass die Region jetzt wieder in das jahrzehntelang übliche Kirchturmsdenken verfällt. Die entstandenen Netzwerke müssen gepflegt und weiterentwickelt werden – wie, diese Frage ist allerdings immer noch nicht entschieden.

Der im Sommer 2009 vom RVR nach einem langen, relativ breiten Diskussionsprozess vorgelegte „Masterplans Kulturmetropole Ruhr“ bietet bei allen Mängeln Ansätze zur Diskussion. Er wurde nach dem erneuten Einbruch der kommunalen Finanzen jedoch auf Eis gelegt.

Erst jetzt beginnt wieder eine Auseinandersetzung. Das Land NRW hat zugesagt, dass es bereit ist, die Kulturmittel für die Region auf 4,8 Mio. Euro jährlich aufzustocken, wenn die Kommunen im RVR die 2,4 Mio. Euro jährlich verstetigen, die für die Kulturhauptstadt erhoben wurden. Johannes Brackmann, Vorsitzender des Kulturbirates der Stadt Essen, hat in seinem Beitrag auf der Konferenz umfassende Anforderungen zur Verwendung dieser Mittel in die Diskussion gebracht, deren weitere Erörterung lohnt.

Wolfgang Freye

Die Kulturhauptstadt war u.a. angestrebt, um beispielhaft zu zeigen, dass eine regionale, städteübergreifende Zusammenarbeit möglich ist. Genau dieser ... Handlungsstrang, sollte nun verstärkt aufgegriffen und Eingang in den Masterplan finden. Wir brauchen aus meiner Sicht daher vor allem:

- Eine Vernetzungsförderung/Vernetzungsagentur für verschiedene Themenfelder und Sparten, die Akteure aus der Region zusammenhält und zusammenbringt ... (Theater- Museums-, Konzerthaus, Soziokultur und Kooperationen im Freien Kulturbereich ...).
- Eine vernünftige möglichst mehrjährige Förderung langjährig bestehender und erfolgreich arbeitender Regionalprojekte und Festivals wie z.B. die internationalen Kurzfilmtage, das weltweit renommierte Jazzfestival in Moers ..., aber auch Projekte wie jazzwerkruhr, das Odyssee-Festival, Blicke aus dem Ruhrgebiet u.a.
- Eine regionale Produktionsgemeinschaft der Freien Kultur/der Soziokultur mit einer jährlichen oder zweijährig stattfindenden großen künstlerischen Produktion ...
- Ein auch nach 2010 über die Region hinausgehendes Marketing und europaweiter Austausch der regionalen Potentiale und Aktivitäten – unter Berücksichtigung der freien und soziokulturellen Projekte und Aktivitäten.
- Eine transparente Mittelvergabe

der regionalen Mittel an Hand nachvollziehbarer Kriterien.

- Eine ausreichende Förderung des künstlerischen Nachwuchses; d.h. adäquate und preisgünstige Raumangebote, der Aufbau von regionalen und kommunalen (Zwischen)Nutzungsagenturen, kostenlose Förderberatungen etc.

- Und wir brauchen vor allem: Einen regelmäßigen, öffentlichen regionalen Diskurs über die Frage des aktuellen Zustandes und der zukünftigen Entwicklung der Region und ihrer kulturellen Entwicklung.

„Die Kulturhauptstadt geht – wir bleiben“, steht auf der Internetseite eines bedeutenden soziokulturellen Zentrums im Ruhrgebiet ... Dann sollten wir doch alle gemeinsam dafür sorgen, dass das Erreichte nicht nur in seinem Bestand gesichert wird, sondern auch zukunftsfähig gehalten und neue Entwicklungen möglich werden. Dazu gehören Ideen, Mut, Flexibilität, die Bereitschaft zur regionalen Zusammenarbeit und natürlich ... – Geld!

Gleichzeitig ... müssen wir gemeinsam Sorge dafür tragen, dass Kultur nicht nur als Standort-, Wirtschafts- und Imagefaktor und als kreative Ökonomie gesehen, sondern ... als unverzichtbarer Teil des menschlichen Lebens, als ... Teil gesellschaftlicher Emanzipation und einer humanen Entwicklungsperspektive für das Ruhrgebiet.

Freiburger Kulturhauptstadtbewerbung:

Der OB irrt!

Soll sich Freiburg als Kulturhauptstadt bewerben? Der Oberbürgermeister Salomon (Grüne) ist inzwischen dagegen; im Gemeinderat findet derzeit noch eine Meinungsbildung statt. Die Unabhängigen Listen sind dafür, hier die Begründung:

Nicht nur die zuletzt ausgesprochene Rüge für Oberbürgermeister Dieter Salomon im Kulturausschuss ist Ausdruck eines eigenen Willens, den die Gemeinderatsmitglieder beim Thema Kulturhauptstadt jetzt entwickeln. Leider ist viel Zeit verstrichen, und das Grundlagenpapier des Kulturamtes wurde in ungebührlicher Weise vom OB nach dem Hearing zerpflückt. Gerüchte besagen, dass der OB nach dem Hearing, zu dem er sechs auswärtige Experten und eine Expertin eingeladen hatte, eigentlich sehr angetan war von den ausgezeichneten Statements. „Er habe da eine Idee bekommen, wie es gehen könnte. Die sei aber nicht durchsetzungsfähig“, heißt es aus dem Umfeld des OB. Nachdem er von Anfang an jeden Versuch verhindert hat, die Idee der Kulturhauptstadt breiter in die Öffentlichkeit zu tragen (keine Amtsblattveröffentlichung, keine Veranstaltungen, nichtöffentliches Hearing usw.), will er nun die Bewerbung einfach abwürgen. Aber er unterschätzt die inzwischen angelaufene Mobilisierung. Es hat sich eine Bürgerinitiative ‚Pro Kulturhauptstadt‘ gegründet, die sich mit geballter Kraft die Bewerbung und die Information darüber auf ihre Fahnen geschrieben hat. Auch ‚kulturmachtreich‘ wird sich jetzt der Bewerbung annehmen und startet eine Initiative. Es geht nicht um eine Leitidee „Kultur und Ökologie“, der sich alles unterzuordnen hat, es geht um die Frage, welches Interesse könnte Europa an der Bewerbung Freiburgs als Kultur- und Bürgerstadt haben? Die Antwort ist vielschichtig und dann in eine Leitidee zu gießen.

Es wird sich zeigen, dass der Gemeinderat nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürgern und breiten Kreisen der Stadtgesellschaft die inhaltliche Leitidee findet. Dabei muss das Hearing in aller Ausführlichkeit ausgewertet werden. Die Zukunft der Stadtgesellschaft und das (Über)leben Ihrer Bürger/innen werden ebenso eine wichtige Rolle spielen wie das Stadtjubiläum mit 900 Jahren Kulturgeschichte. Es darf nicht um parteiliche Ausrichtung gehen! Was wir brauchen ist Mut und Lust, in das Bewerbungsverfahren einzusteigen, möglichst bald, die inhaltliche Diskussion gehört schon zur Bewerbung! Die UL3 ist bereit! Übrigens: Sonderburg, eine dänische Kleinstadt mit 30 000 Einwohnern, bewirbt sich um die Kulturhauptstadt 2017 ...

Atai Keller, 14. Juli 2011

Rat verabschiedet „Essener Konsens“ mit der Gewerkschaft Verdi



Seit weit mehr als einem Jahr hat die Gewerkschaft Verdi in Essen in enger Abstimmung mit dem Personalrat der Stadt und den Personalräten der 60 städtischen Beteiligungsgesellschaften über den Abschluss des „Konsens Stadt Essen“ verhandelt. Obwohl das Papier an dem schon Mitte der 90er Jahre zwischen der damaligen Gewerkschaft ÖTV und der Stadt Essen geschlossenen „Bündnis für Arbeit“ anknüpft, stand die Verabschiedung lange auf der Kippe. Noch in der Ratssitzung im Mai legte die seit der letzten Kommunalwahl kooperierende bürgerliche Ratsmehrheit aus CDU, Grünen, FDP und Essener Bürgerbündnis (EBB) das Papier überraschend auf Eis und weigerte sich, ihm zuzustimmen. Die Linke und die SPD kritisierten dies heftig und stimmten für den „Konsens“.

Erst das unverhohlene Ultimatum von Verdi, aus der Diskussion auszusteigen, sofern das Papier nicht spätestens in der Juli-Ratssitzung verabschiedet würde, führte zum Einlenken bei der

Ratsmehrheit. Die Gewerkschaft hatte angekündigt, alternativ auch ohne das Papier zu versuchen, Kernforderungen wie den Kündigungsschutz für städtische Beschäftigte über einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung durchzusetzen, gegebenenfalls auch mit Arbeitskampfmaßnahmen.

In der Ratssitzung am 12.7. 2011 stimmte daraufhin eine breite Mehrheit für das Papier und beauftragte die Verwaltung, auf seiner Grundlage wo nötig tarifliche Regelungen mit Verdi abzuschließen. Nur die FDP enthielt sich – vor allem weil sich das Papier auch kritisch zu den „zweiten Tariflinien“ bei städtischen Gesellschaften und damit zu Niedriglöhnen äußert.

**Sozial abgesicherter
Verwaltungsumbau ...
Worum geht es beim „Essener Konsens“?**

Eigentlich ist das Papier ein Angebot der Gewerkschaft und der Belegschaftsvertretungen bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften, die

anstehenden Umstrukturierungs- und Personalabbau-Prozesse mitzutragen. „Die sich ändernde Bevölkerungsstruktur durch eine alternde Bevölkerung verlangt ein sich änderndes öffentliches Dienstleistungsangebot“, heißt es gleich zu Beginn des „Essener Konsens“. Verwiesen wird außer dem auf die „katastrophale Haushaltslage“ der Stadt. Als Antwort darauf erklärt sich Verdi bereit, eine „Aufgabenkritik“ mitzutragen, die zum Verwaltungsumbau und durchaus auch zu weiteren Einschnitten führen kann.

Dieses Angebot geht manchem auch in Verdi eher zu weit. Allerdings schreibt der „Essener Konsens“ vor allem vier für die Beschäftigten sehr wichtige Bedingungen für die gewerkschaftliche Mitwirkung fest, weswegen Die Linke es mitgetragen hat:

- die Privatisierung von Aufgabenbereichen und Betriebsteilen in städtischen Unternehmen wird „grundsätzlich“ ausgeschlossen, stattdessen soll ausdrücklich die Rekommunalisierung ausgelagerter Aufgaben geprüft werden;

- die in etlichen städtischen Gesellschaften eingeführten zweiten Tariflinien mit Niedrigtarifen sind „sukzessive auf ein einheitliches Niveau unter Berücksichtigung der in NRW angewandten Flächen- und Sparten-tarifverträge des öffentlichen Dienstes anzupassen“, sofern dadurch nicht die Überlebensfähigkeit der Betriebe gefährdet wird,

- die Mitbestimmungsrechte sollen ausgebaut werden,

- schließlich werden „betriebsbedingte Kündigungen gegenwärtig und für die Zukunft ausgeschlossen“, und zwar sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die städtischen Beteiligungsgesellschaften.

Des weiteren soll die kommunale Beschäftigungsförderung verstärkt werden, die Stadt soll ein „weit reichendes Angebot an Ausbildungsplätzen“ vorhalten, Leiharbeit soll in einer Vereinbarung eng begrenzt werden, die Qualifizierung der Beschäftigten, Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen gestärkt werden.

Gegen Entlassungsdruck und Niedrigtarife

Zumindest Teile des bürgerlichen

Verdi protestiert

Aus dem Brief der Gewerkschaft Verdi Essen vom 10. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, (...) mit dem „Konsens Stadt Essen“ hatte Verdi Essen den Versuch unternommen, der Stadt Essen ein Angebot zu unterbreiten, um den „Konzern“ Stadt Essen zukunftsfähig zu machen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu gewährleisten.

Um dieses bundesweit einmalige Projekt einer möglichst breiten Zustimmung zuzuführen, ist der Inhalt des Papiers mit allen politischen Kräften mehr als ein Jahr lang diskutiert worden. ... Prekäre, tariflose und mitbestimmungsfreie Beschäftigung haben bei der Stadt Essen und deren Konzern-töchtern nichts zu suchen. Alle Konzernbeschäftigten haben einen Anspruch auf die gleichen, fairen Arbeitsbedingungen. Der nun vorliegende Kompromiss gewährleistet diese Bedingungen.

... Diese nunmehr im „Konsens Stadt Essen“ enthaltenen Regelungspunkte stellen für Verdi die Mindestanforderungen ... dar.

Den Lippenbekenntnissen einiger Fraktionen zu diesen Kernpunkten hätten längst Taten folgen müssen. Tatsächlich aber verbergen sich Teile der kommunalen Politik hinter vorgeschobenen redaktionellen Anpassungsfor-derungen und kaum verhohlenen parteipolitischen Kalkül.

Verdi kann den Beschäftigten nicht zumuten, Spielball politischer Eitelkeiten zu sein.

Sollte sich der Rat der Stadt Essen in der Juli-Sitzung noch dazu entscheiden, dem heutigen Text zum Konsens Stadt Essen ohne Einschränkungen zu folgen, wird Verdi sofort mit den darin vereinbarten Verhandlungen beginnen.

... Tritt der Rat der Stadt Essen dem vorliegenden Papier nicht bei, wird Verdi das Angebot zum Abschluss der bundesweit einmaligen Vereinbarung „Konsens Stadt Essen“ zurücknehmen.

Vierer-Bündnisses haben den „Essener Konsens“ abgelehnt, weil sie auch Entlassungen bei der Durchsetzung von Personalabbau nicht ausschließen wollten. In der Haushaltsdebatte hat das Vierer-Bündnis einen Beschluss durchgesetzt, nach dem bis 2015 allein in der Kernverwaltung 1 000 von rund 9 000 Stellen wegrationalisiert werden sollen. Die Verwaltungsspitze hatte im Haushaltskonsolidierungskonzept ein Minus von 500 Beschäftigten vorgesehen und auch Kämmerer Lars Klieve, CDU, hat keinen Hehl daraus gemacht, dass er einen Personalabbau von 1 000 Beschäftigten kaum für möglich hält – schon gar nicht „sozialverträglich“.

Auch das Beharren vor allem der FDP auf einer zweiten Tariflinie zeigt, dass Teile des Rates die Konfrontation mit den Beschäftigten suchen. Eine

Anfrage der Fraktion Die Linke hat ergeben, dass derzeit 29 % der 8.285 Beschäftigten der städtischen Beteiligungsgesellschaften vom Flächentarif abgekoppelt sind und unter tarifliche Sonderregelungen fallen, die Lohn- und Gehaltsabschläge von bis zu einem Drittel festschreiben. Für viele Beschäftigte ist das ein existentielles Problem.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne kritisierte das Papier dagegen vor allem, weil sie eine stärkere Gewichtung von Gleichstellung und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen wollte. Faktisch stärkte sie mit ihrem ursprünglichen Nein zum Konsens jedoch die tarif- und gewerkschaftsfeindlichen Positionen in CDU, FDP und EBB. Erst die heftige Kritik brachte sie zum Einlenken.

Durch die Verabschiedung des Papiers ist der Weg frei gemacht für eine Diskussion, die nicht in erster Linie auf den Abbau von Beschäftigtenzahlen sieht – egal wie – sondern die städtischen Aufgaben definiert und auf dieser Grundlage prüft, wieviel Beschäftigte nötig sind. Mit den für die Beschäftigten wichtigen Eckpunkten wie Kündigungsschutz, einer Absage an Privatisierung und dem Willen die zweiten Tariflinien einzuschränken, sind Grundlagen dafür da, dass die anstehenden Aufgaben tatsächlich weitgehend im Konsens gelöst werden können – auch wenn das sicher nicht immer der Fall sein wird. Die Verabschiedung des „Essener Konsens“ ist insofern nicht nur ein Erfolg für Verdi, sondern auch für die kommunale Politik in Essen. *Wolfgang Freye*

Im Nahverkehr Baden-Württemberg drohen Streiks

Der Nahverkehr in Baden-Württemberg gehörte traditionell immer zum Tarifverbund des öffentlichen Dienstes. Der Unmut unter den Beschäftigten über die gewerkschaftliche Tarifpolitik wuchs in den letzten Jahren angesichts schwacher Abschlüsse allerdings immer mehr an. Nach jedem Lohntarifabschluß gab es regelrechte Austrittswellen in den Nahverkehrsbetrieben. Insbesondere die Erhöhung der Wochenarbeitszeit 2008 und die Vereinbarung zur Einführung der sogenannten „leistungsorientierten Bezahlung“ (LOB) auch im Nahverkehr 2010 gegen den erbitterten Widerstand der Beschäftigten im ÖPNV schlugen sich deutlich in sinkenden Mitgliederzahlen nieder.

Da Arbeitskampffähigkeit und Arbeitskampfwillen der Beschäftigten in den Betrieben zunehmend gefährdet waren, gab es in den Betrieben und den Verdi-Fachbereichsgremien auf Bezirks- und Landesebene eine intensive Diskussion über die zukünftige Tarifpolitik. Das Ergebnis war der einmütige Beschluss der Landestarifkommission (LTK) zur Kündigung des Manteltarifvertrages für den Nahverkehr in Baden-Württemberg (TV-NBa-Wü) zum 30.6.2011.

Mit dieser Kündigung war ein umfangreiches Forderungspaket an die Arbeitgeber verbunden.

Zwei Punkte aus diesem Forderungspaket sind für die LTK von besonders zentraler Bedeutung.

Zum einen hat die LTK beschlossen, dass die Koppelung des Nahverkehrs Baden-Württemberg bei Lohn und Arbeitszeit an den Tarifverbund des

öffentlichen Dienstes wegfallen muß. Nur durch diese Entkoppelung wird es zukünftig möglich sein, den speziellen Bedürfnissen der Beschäftigten im Land angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Geltung zu verschaffen. Im „großen“ bundesweiten Tarifverbund war dies in den letzten Jahren zunehmend unmöglich.

Zum anderen will die LTK erreichen, dass über sogenannte „Vorteilsregelungen“ Leistungen vereinbart werden, die ausschließlich Gewerkschaftsmitgliedern zu Gute kommen und nichtorganisierten Beschäftigten auch nicht per Arbeitsvertrag gewährt werden können.

Allein schon die Kündigung sowie

bundesweiten Tarifverbundes profitiert und Verhandlungen über Regelungen auf Landesebene (in der Friedenspflicht) weitgehend „ausgesessen“.

Auf die Kündigung hatten sie zuerst – außer Drohungen auf Betriebsversammlungen – überhaupt nicht reagiert. Nachdem am 12.7. doch noch ein erster Verhandlungstermin zustande kam, malten sie angesichts der gewerkschaftlichen Forderungen den Untergang des christlichen Abendlandes im Allgemeinen und der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe im Besonderen an die Wand. Zu Zugeständnissen waren sie nicht bereit.

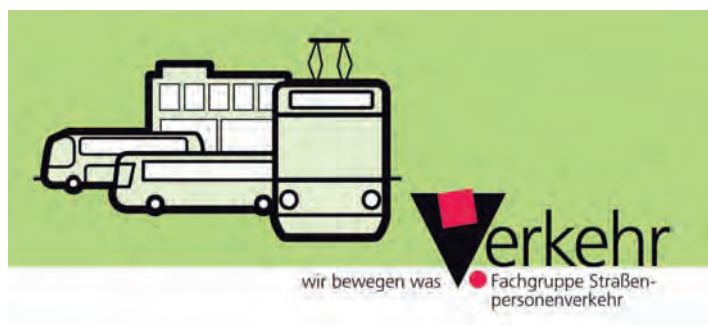
Zwar wurde ein weiterer Verhandlungstermin für den 3.8. vereinbart,

aber realistischere Ergebnisse können dort substantielle Ergebnisse nicht erwartet werden. Angesichts der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber ist mit einem langdau-

ernden Konflikt zu rechnen.

Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe in Heilbronn, Stuttgart, Esslingen, Pforzheim, Baden-Baden, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bereiten sich jedenfalls darauf vor, mit starken und phantasievollen Aktionen demnächst ihren Anliegen Geltung zu verschaffen.

Wolfgang Hoepfner, Stuttgart, Betriebsrat SSB AG



der Forderungskatalog hat in den letzten Wochen landesweit zu spürbaren Eintritten geführt, von denen eine große Zahl „Rückkehrer“ waren, die in der Vergangenheit aufgrund der miesen Abschlüsse ausgetreten waren.

Die kommunalen Arbeitgeber hatten in der Vergangenheit von Absenken bzw. unterdurchschnittlichen Erhöhungen und der Verlängerung der Wochenarbeitszeit im Rahmen des

Wahllos? Alternativlos?

Sinnlos! FRANKFURT A.M.

Anfrage der Fraktion der Linken: Frankfurt hat wieder einmal eine Debatte um ein neues PPP-Projekt. Diesmal geht es um den Bau der Dienstgebäude für das Grünflächenamt und das Amt für Straßenbau und Erschließung. Wieder einmal gibt es Bedenken seitens der PPP-Kritiker und des Revisionsamtes. Wieder einmal interessieren diese Bedenken den Magistrat nicht. Das Leasinggeschäft wird als alternativlos dargestellt. Zu der Frage, warum die Stadt keinerlei Alternativen zum Leasingmodell geprüft habe, wird ein Referent des Planungsamtes in der Lokalpresse mit folgenden Worten zitiert: „Ganz einfach. Wir haben kein geeignetes Grundstück“. Allerdings war das Grundstück, worauf das Dienstgebäude gebaut werden soll, bis vor Kurzem noch Eigentum der Deutschen Bahn AG. Jetzt ist es im Besitz der zukünftigen Partner im Leasinggeschäft. Der Magistrat wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten: Hatte die Stadt Frankfurt am Main nicht die Option das Grundstück, das offensichtlich erst in letzter Zeit den Besitzer wechselte, selbst zu erwerben? Wenn ja, warum wurde diese Option nicht wahrgenommen? „Es ist doch unglaublich, dass als neuestes Argument, weshalb man sich offenbar nicht einmal die Mühe gemacht hat, dieses Großprojekt von ca. 150 Mio. Euro auch in Bezug auf eine Realisierung in Eigenregie wirtschaftlich durchzurechnen, der Mangel eines geeigneten Grundstücks herhalten muss.“ empört sich Thiele. Denn, wäre das entsprechende Grundstück an die Stadt verkauft worden, hätte es natürlich die Option des Baus in Eigenregie gegeben. Allerdings mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vorfeld, die sicher nicht zugunsten eines PPP-Projekts ausgefallen wäre.

<http://dielinke-im-roemer.de>

Regionalverband muss eigenen Armutsbericht vorlegen: SAARBRÜCKEN. Die Linke Fraktion im Regionalverband hat sich dafür ausgesprochen für den Großraum Saarbrücken einen eigenen Armutsbericht zu erarbeiten! Angesichts der Ergebnisse der landesweiten Kinder und Jugendarmutsstudie sei es zudem notwendig beispielsweise das Übergangsmanagement Schule – Ausbildung – Beruf im Projekt „KoSa“ auch über die Projektphase weiterzuführen. Wichtig sei auch die Ausweitung der Kinderarmutsprojekte in Alt-Saarbrücken und Malstatt auf Stadtteile und Städte wie Burbach, Sulzbach und Friedrichsthal. Wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Klasen betont, bestätige die Vertiefungsstudie „Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“ die von linker Seite immer wieder erhobene Forderung nach massi-

vem Ausbau der gebundenen Ganztagschulen. Es führe, laut Studie, auch kein Weg daran vorbei den ebenfalls immer geforderten Ausbau der Schulsozialarbeit voranzubringen. In der Bringschuld sei jetzt der Regionalverband im Bezug auf die Erstellung eines eigenen Armuts- und Sozialberichts. Nur mit einer kleinräumigen, die Städte und Gemeinden einschließenden Betrachtung sei es möglich Art und Konzentration der Armut in einzelnen Gemeinden oder Gemeindeteilen detailgenau zu erfassen. So sei es auch möglich, die Zentren der sich ebenfalls ausbreitenden Altersarmut zu erkennen. www.dielinke-regionalverband.de

Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2013!

OLDENBURG. Christine Arndt, Mitglied der Linksfraktion im Rat Oldenburg: „Das Land Nds. kann Steuermehreinnahmen von über 500 Mio. € verzeichnen. Davon profitiert auch die Stadt Oldenburg. Diese auf der Konjunkturentwicklungen und gesunkenen Zinssätzen beruhenden Steuermehreinnahmen müssen jetzt auch an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden. Auf der Prioritätenliste der Linken stehen Bildung und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung unserer Kinder ganz oben. Wir wollen die Realisierung des Rechtsanspruchs ab 2013 auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für Kinder hier in Oldenburg. Dies schließt selbstredend eine kostenfreie warme Mahlzeit für alle Kinder mit ein. Wenn die anderen Fraktionen hier weiter streichen und kürzen, dann ist ihr eigenes Bundesgesetz auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung nicht das Papier Wert auf dem es steht. www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Qualifikation und Förderung von Migrant/innen, die bei der Stadt beschäftigt sind:

MÜNCHEN. Antrag der Linken: Städtisch Beschäftigte mit ausländischem Pass machen fast 50% des un- bzw. angelernten Personals aus. In den anderen Dienstgruppen sind sie unterrepräsentiert. Zusammenfassend lässt sich zu der Situation der Beschäftigten mit ausländischem Pass sagen: „Je höher die Hierarchie bzw. Laufbahn, desto geringer sind Ausländerinnen und Ausländer vertreten“ (Interkultureller Integrationsbericht 2010). In dem Interkulturellen Integrationsbericht betonen das Sozialreferat und die Stelle für interkulturelle Arbeit den Handlungsbedarf, um die Zugangsbarrieren für eine höher qualifizierte Beschäftigung zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund möge der Stadtrat beschließen: Das Personal- und Organisationsreferat stellt dem Stadtrat ein Konzept mit Handlungsempfehlungen vor, wie man Beschäftigte mit ausländischem Pass und Migrationshintergrund gezielt mit

Fort- und Weiterbildungen sowie Qualifikationen fördern und qualifizieren kann. Das Konzept wird dem Stadtrat möglichst zeitnah vorgestellt.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/

Träger durch Zuweisungspraxis bei den Ein-Euro-Jobs gefährdet:

HAMBURG. Eine Anfrage der Fraktion Die Linke hat ergeben, dass der Senat trotz der von den Trägern vorgebrachten Mängel bei der Vergabe der restlichen Ein-Euro-Job-Plätze für dieses Jahr ab dem 1.7.2011 daran festhält, dass die entstandenen „Unsicherheitssituationen bei den Trägern“ nicht durch die Zuweisungspraxis der zuständigen Behörde verursacht worden seien (Drucksache 20/991). Die sozialen Träger bemängeln die ungenügende Zuweisung, während der Senator behauptet, alles sei in Ordnung und es lägen nur operative Schwierigkeiten beim Jobcenter vor. Fakt ist: Die Software der Bundesagentur für Arbeit, die das Jobcenter benutzt, lässt im Moment einen sofortigen verlässlichen Überblick über die tatsächliche Besetzungssituation bei den Trägern nicht zu. Wegen der Unsicherheiten kündigen die sozialen Träger in erheblichem Ausmaß Mitarbeitern und denken über die Schließung oder sogar Insolvenz nach. Der Senator spielt die Gefährlichkeit der Situation für die sozialen Träger herunter und erklärt, der zuständigen Behörde sei nur bekannt, dass ein einziger Träger bislang Insolvenz angemeldet habe. Die Ignoranz gegenüber der Situation schlägt sich auch im Handeln nieder. Weder Gespräche noch pragmatische Übergangslösungen sind daher auf der Tagesordnung. Originalzitat des Senats: „Darüber hinausgehende händische Erfassungen verursachen erhebliche Mehrarbeit und sind in der Sache weder zielführend noch entsprechen sie den Aufgaben eines modernen Dienstleisters.“ Dazu erklärt Dr. Joachim Bischoff: „Es ist schon bezeichnend, wenn der Senat auf unserer Anfrage einfach behauptet, dass der zuständigen Behörde keine Erkenntnisse darüber vorlägen, dass Träger aufgrund der bestehenden Planungsunsicherheiten bereits eigenen Mitarbeitern kündigen mussten. Auch vor den eingetretenen und drohenden Insolvenzen der Träger verschließt der Senat die Augen. Von Krisenmanagement keine Spur. Wenn erst einmal viele soziale Träger wegbrechen, geht das vorhandene und über Jahre aufgebaute Erfahrungswissen unwiederbringlich verloren. Vielleicht ist das aber auch die klammheimliche Absicht des Senats, um dann anschließend mit einer grundrenovierten Hamburger Arbeit und Beschäftigung (HAB) als staatlichem Beschäftigungsträger die verbliebenen Kapazitäten zu übernehmen. www.die-linke-hamburg.de

Gegen Kinder- und Familienarmut:

BRAUNSCHWEIG. Antrag der Linksfraktion zur Ratssitzung am 28.6.2011: Gemäß den von vielen gesellschaftlichen Gruppen Braunschweigs unterzeichneten und vom Rat beschlossenen Braunschweiger Leitlinien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut soll die Verwaltung bis spätestens zum Jahresende ein konkretes Handlungskonzept vorlegen. Dieses Konzept soll insbesondere folgende Maßnahmen enthalten: In den besonders von Armut betroffenen Stadtteilen Weststadt, westliches Ringgebiet und Siegfriedviertel werden die Gruppengrößen in Krippen, Kindergärten und Horten gesenkt und entsprechend mehr Betreuungspersonal zur Verfügung gestellt. In allen Betreuungseinrichtungen mit Mittagessen wird dieses Essen kostenlos ausgegeben. Falls rechtliche Vorgaben eine Finanzierung vorsehen, wird diese von der Stadt Braunschweig übernommen. Insbesondere in den Stadtteilen Weststadt, westliches Ringgebiet und Siegfriedviertel werden die vorhandenen sozialen Netzwerke ausgebaut und Familienzentren eingerichtet. Die Gebühren für Krippe und Hort werden abgeschafft. Um die Bildungschancen aller Kinder zu erhöhen, soll zukünftig gewährleistet sein, dass jedes Braunschweiger Kind, dessen Eltern es wünschen, an einer IGS beschult werden kann. www.linksfraktion-braunschweig.de

Neues Polizeikonzept in Bad Cannstatt?

STUTTGART. Anfrage Stadträtin Die Linke: Am Freitag, 8. Juli, kurz nach 18 Uhr traf ich vor dem Cannstatter Bahnhof eine größere Ansammlung von Menschen, die vermutlich zur Armutsszene gehören, und Polizei in größerer Zahl. Die Stimmung war gereizt, es gab laute Diskussionen. Ein Polizist goß eine Getränkeflasche aus, in der vermutlich Alkohol war. Auf meine Nachfrage wurde mir von Polizisten und anderen Anwesenden gesagt, die Polizei habe auf Alkohol und Drogen kontrolliert und Platzverweise erteilt. Ab morgen, also ab Samstag 9. Juli, werde die Polizei schriftliche Platzverweise austeilen. Dies sei eine neue Maßnahme zur Verhinderung einer Alkohol- und Drogenszene in Bad Cannstatt. Ich war und bin der Meinung, dass sich im öffentlichen Raum jedermann/jedefrau aufhalten kann, wenn nicht die öffentliche Ordnung gestört wird. Das gilt insbesondere auch für Cannstatter Einwohner/-innen. Es gibt meines Wissens kein Verbot, im öffentlichen Raum Alkohol zu konsumieren. Auch das Erscheinungsbild von Leuten, das vielleicht nicht allen gefällt, ist kein Grund zu polizeilichen Maßnahmen. In Bad Cannstatt gibt es den Runden Tisch, der die Tätigkeit der Sozialarbeiter/-innen und der Polizei begleitet, die eine friedliche Situation in Bad Cannstatt sicherstellen, ohne die Bürgerrechte von Leuten zu beeinträchtigen.

Hier waren zuletzt gute Erfolge dargestellt worden. Darum bitte ich um einen mündlichen und schriftlichen Bericht des Ordnungsamtes bzw. der Polizei über den Anlass und das Ziel des dargestellten Einsatzes. Weiter bitte ich um Information über das angeblich neue Verfahren von schriftlichen Platzverweisen. Zudem bitte ich um die Darstellung über die Entwicklung der Situation im öffentlichen Raum von Bad Cannstatt. *Ulrike Küstler*

www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Sozialticket darf nicht an Bürokratie scheitern:

ESSEN. An den Kosten für den Verwaltungsaufwand will die Bezirksregierung das Sozialticket scheitern lassen. Diese neue freiwillige Leistung sei für Kommunen wie Essen, die kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorweisen können, nicht zulässig. Eine Haltung, die bei den Linken auf scharfe Ablehnung stößt. Gabriele Giesecke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Es gab 2009 schon einen klaren Ratsbeschluss für das Sozialticket. Eine deutliche Ratsmehrheit hat in der letzten Ratssitzung den Wunsch zur Übernahme des VRR-Sozialtickets bekräftigt. Wir verbitten uns diese Einmischung der Bezirksregierung. Es kann nicht angehen, dass Hartz-IV-Berechtigte und Niedrigverdiener in Essen schlechter behandelt werden, als in Düsseldorf oder anderen wohlhabenderen Städten des VRR-Gebietes. Der angeblich hohe Verwaltungsaufwand, den Frau Lütke als Vorwand für ihre Einmischung nutzt, könnte im Übrigen sehr gering gehalten werden, wenn Essen endlich einen Sozialpass einführt.“ Ein Sozialpass für die Berechtigten zum Bildungs- und Teilhabepaket ist aus Sicht der Linken längst überfällig. Er soll als Nachweis für alle entsprechenden Ermäßigungstatbestände bei der Stadt gelten, etwa bei Kultureinrichtungen und Bädern. Weil alles in einem Verwaltungsakt geprüft werden könnte, würde der Aufwand insgesamt deutlich sinken. Gleichzeitig würden die Berechtigten davon entlastet, überall ihre diversen Bescheinigungen vorlegen zu müssen.

www.linksfraktion-essen.de

Kindgerechte Spielplätze erhalten!

KÖLN. Die Linke nimmt die Auskunft der Verwaltung, die Stadt ersetze marode Spielgeräte nicht mehr, sondern baue sie nur noch ab, zum Anlass für eine ausführliche Anfrage zum Zustand schulischer und öffentlicher Spielplätze. Mit ihrer Anfrage möchte Die Linke in Erfahrung bringen, in welchem Tempo der Abbau von Spielgeräten stattfindet, inwieweit sich dadurch bereits eine Spreizung zwischen den Stadtvierteln aufgetan hat und wie hoch der finanzielle Aufwand wäre um den derzeitigen Standard in der Ausstattung in

jedem Stadtviertel zu garantieren. Gisela Stahlhofen, Fraktionssprecherin und Mitglied im Jugendhilfeausschuss dazu: „Kindgerechte Spielplätze sind kein Luxus, sie sind eine Grundaufgabe der Stadt! Die Stadt kann und darf sich dem nicht entziehen. Dieses Thema wird auch in den Haushaltsverhandlungen im Herbst eine Rolle spielen.“ Anlässlich eines ersatzlosen Abbaus von Spielgeräten bei der Grundschule an der Platenstraße in Ehrenfeld hatte die Fraktion Die Linke sich am 29.3. im Jugendhilfeausschuss nach der Linie der Verwaltung bei der Instandhaltung von Spielplätzen erkundigt. In der Sitzung am 5.7. wurde geantwortet, dass die Stadt marode Spielgeräte nur noch abbau und nicht ersetze, es sei denn sie würden durch private Spenden finanziert. Gisela Stahlhofen zur Gefahr des sozialen Auseinanderdriftens: „Die Ausstattung von Spielplätzen wird sich nach und nach verschlechtern. Es ist anzunehmen, dass diese Entwicklung in sozial schwächeren Stadtteilen stärker ist, denn dort können die Eltern die Untätigkeit der Stadt nicht ausgleichen.“

www.linksfraktion-koeln.de

Pastor Urbach segnet KBA Notarzthubschrauber, die Krankenkassen nicht, Die Linke unter Vorbehalt.

KREIS SEGEBERG. Auf seinem künftigen Standort in Hartenholm wurde am 15.7.2011 der KBA- Notarzthubschrauber auf den Namen KUNO-SH 01 getauft und eingeweiht. Er soll in ganz Norddeutschland zum Einsatz kommen und laut KBA Vorstand Michael Vollmer den zunehmenden Ärztemangel in der Fläche besonders bei akuten Fällen ausgleichen. Vollmer geht davon aus, dass die Kassen zur Finanzierung von Einsätzen verpflichtet seien, wenn anderweitige Notarzteinsätze nicht, oder nicht schnell genug möglich sind. Das sieht Dietmar Katzer, Sprecher der Kassenverbände Schleswig-Holstein, nicht so. Die Kassen würden nach wie vor nur für Einsätze der bestehenden drei Rettungshubschrauber aufkommen, die auch Patienten befördern können. Zunächst soll der Einsatz für ein Vierteljahr durch Fördermitglieder des KBA und Sponsoren finanziert werden. Für Die Linke Kreistagsfraktion war deren Vorsitzender, Heinz-Michael Kittler der Einladung zur Hubschraubertaufe gefolgt und sprach dem KBA Vorstand seine Anerkennung zu der Innovation aus. Kittler hofft, dass mit den Kassen Einvernehmen erzielt werden kann. Was allerdings nicht passieren darf, machte Kittler dem KBA Vorstand ebenfalls unmissverständlich klar: sollte bei der Aktion ein fliegender Notarzt nur für Reiche herauskommen, dann wird das auf den massiven Widerstand der Linken treffen.

www.die-linke-segeberg.de
Zusammenstellung: ulj

Kommunale Politik

Wer, wie, was?

von Thilo Janssen*

Ende September 2010: Über 100 000 GewerkschafterInnen aus ganz Europa demonstrieren in Brüssel gegen die Krisenpolitik der EU. Die Demo zieht durch das Europaviertel, in dem sich die Gebäude des EU-Parlaments, der Kommission und des Ministerrates befinden. Wer aber ist der richtige Adressat für Forderungen nach besseren und sichereren Arbeitsplätzen, starkem Sozialschutz und existenzsichernden Einkommen? Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU ist komplex, schließlich gibt es in 27 Mitgliedsstaaten 27 institutionalisierte Traditionen des Sozial- und Arbeitsrechts und der Beziehungen zwischen Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Kapital und Staat. Die EU ist vom gemeinsamen Markt mit den bekannten vier wirtschaftlichen Grundfreiheiten – freier Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften – zu einer immer engeren politischen Union mit gemeinsamen Regeln geworden. Das gilt auch für Beschäftigung und Soziales. Für was also ist die Europäische Union heute zuständig? Welche Rolle spielen Gewerkschaften und soziale Verbände? Was vermag linke Politik in diesem mehrschichtigen Komplex? Ist die Union ein großer Apparat des neoliberalen Klassenkampfes von oben? Oder nur eine weitere politische Arena, neben der kommunalen, der Länder- und Bundesebene, in der Kämpfe um soziale Besitzstände und Fortschritte zu führen sind?

Vertrag von Lissabon

Beginnen wir beim geltenden EU-Vertragsrecht. Was auf EU-Ebene rechtlich geregelt werden darf, haben die Staaten in die Verträge der Europäischen Union, die den Vertrag von Lissabon bilden, geschrieben. Zwei Beispiele: Art. 45 des „Vertrages über die EU“ (EUV) gewährleistet die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 153 des „Vertrages über die Arbeitsweise der EU“ (AEUV) legt fest, was die EU im Sozialbereich regeln darf und was nicht. Gesetzgeber sind der Rat der EU, das sind die Fachminister der Mitgliedsstaaten, und das EU-Parlament. Sie können im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren Richtlinien und Verordnungen annehmen. Erstere müssen noch in nationales Recht umgesetzt werden, letztere sind unmittelbar geltendes Recht. Welchen Einfluss die im Lissabonvertrag neu hinzugekommene „horizontale Sozi-

alklausel“ (AEUV 9) und die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta haben werden, wird sich erst noch herausstellen müssen.

Richtlinien: Gleiches Recht für alle?

Richtlinien erlassen kann die EU vor allem im Bereich des Arbeitsschutzes. Beispiele: die Arbeitszeitrichtlinie, die Antidiskriminierungsrichtlinien, die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie, die Richtlinie zum insolvenzrechtlichen Schutz der Arbeitsvergütung, die Leiharbeitnehmerrichtlinie, die Mutterschutzrichtlinie, die Betriebsräterichtlinie, etc. Insbesondere zwei rote Linien haben die Mitgliedsstaaten gezogen: Eine Harmonisierung des Arbeits- und Sozialschutzrechtes in den Mitgliedsstaaten ist ausgeschlossen und es können explizit keine Richtlinien erlassen werden für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht, sowie das Aussperrungsrecht (vgl. AEUV 153). Das bedeutet etwa: Es kann keine Richtlinie zur Einführung von Mindestlöhnen in der EU, wohl aber könnte es eine Richtlinie zur Einführung von Mindesteinkommen in allen Mitgliedsstaaten geben.

EuGH: Soziale Rechte vs. Wettbewerb

Auch die Auslegung des EU-Rechts durch den EuGH spielt eine wichtige Rolle. Das kann progressiv sein, wie im sogenannten SIMAP-Urteil zu einem Fall in Luxemburg, als der EuGH feststellte, dass Bereitschaftszeit in Krankenhäusern grundsätzlich voll als Arbeitszeit zu bewerten sei. In anderen Fällen fielen die Urteile gegen die Interessen der Beschäftigten aus, wie bei den bekannten Urteilen zur Entsenderichtlinie in den Fällen Laval, Viking Lines, Rüffert und Luxemburg, als nationale soziale Mindestvorschriften im Konflikt mit wirtschaftlichen Grundfreiheiten für europarechtswidrig erklärt wurden.

Offene Methode der Koordinierung

Für die Bereiche, in die sich die EU nicht als Gesetzgeber einmischen soll, haben die Mitgliedsstaaten untereinander eine „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) beschlossen. Hier stimmen sich die Mitgliedsstaaten ab, was sie im Sozialbereich gemeinsam, aber unverbindlich, ändern wollen, was dann anhand gemeinsamer Indikatoren gemessen werden kann. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters wurde zum Beispiel in diesem Rahmen vorangetrieben. Die Staaten nutzen die EU gern als Vehikel, um sozialfeindliche Maßnahmen zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit zu transportieren. Bei der Revision der Arbeitszeitrichtlinie scheiterte der Rat zuletzt am Parlament mit dem Versuch, Bereitschaftszeiten nicht mehr als Arbeitszeiten zu werten und die zulässige

Höchstarbeitszeit zu erhöhen. 15 000 Gewerkschafter hatten im Dezember 2008, einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung im EU-Parlament, gegen die Position des Rates demonstriert.

Strukturfonds: Umverteilung in der EU?

Die Europäische Union verfügt auch über einen eigenen finanziellen Umverteilungsapparat mit sozialer Relevanz, die Strukturpolitik. Mit den Strukturfonds werden strukturschwache Regionen mit vergleichsweise niedrigem BIP gefördert um die Wirtschaftsleistung zu erhöhen und die soziale Angleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zu voranzutreiben. Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird die „berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte“ (AEUV 162) gefördert. In den Verhandlungen um den neuen Finanzrahmen ab 2014 versuchen Teile des Parlaments und der Kommission, dem ESF verstärkt Aufgaben in der Armutsbekämpfung zu geben. Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Derzeit verfügen die Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013 über 308 Milliarden Euro, davon 75 Milliarden im Rahmen des ESF.

Auch von sozialer Bedeutung ist der Europäische Globalisierungsfonds. EU-Staaten können Geld für entlassene Beschäftigte beantragen, wenn beispielsweise ein Konzern entschieden hat, einen Produktionsstandort zu verlagern.

Strategie „Europa 2020“: Sozial trotz Wettbewerb?

Die Strategie „Europa 2020“, Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, ist das inhaltliche Rahmenprogramm der EU für die nächsten neun Jahre, um der Politik der Mitgliedsstaaten und der Union eine gemeinsame strategische Richtung zu geben. In erster Linie geht es Kommission, Mitgliedsstaaten und der Mehrheit des Parlaments darum, die globale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Regierungen der EU-Staaten stellen in Nationalen Reformprogrammen (NRP) die von ihnen geplanten Maßnahmen zusammen. Es gibt auch Zielvorgaben im Beschäftigungs-, Bildungs- und sozialen Bereich: Bis 2020 sollen unter anderem die Beschäftigungsquote auf 75 Prozent erhöht, die Schulabbrecherquote unter 10 Prozent gesenkt werden und 20 Millionen Menschen weniger arm sein. Um letzteres zu erreichen, hat die Kommission einen Vorschlag für eine „Europäische Plattform zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ vorgelegt. Darin macht sie Vorschläge, wie das bescheidene Armutsbekämpfungsziel erreicht werden kann. Bereits jetzt ist vorauszusehen: Es wird an der Austeritäts- und Wettbewerbspolitik der EU-Staaten unter

Führung des mächtigsten Mitgliedsstaats Deutschland scheitern. Die Politik, die die Mitgliedsstaaten im Rahmen des „Euro-Plus-Pakt“ verfolgen, das Kaputtsparen der Europäischen Sozialstaaten – nicht nur in Portugal, Irland Griechenland oder Spanien – im Namen der Wettbewerbsfähigkeit, ist mit sozialen Zielen nicht vereinbar.

Linksfraktion im EU-Parlament: GUE/NGL

Es gibt linke Positionen im EU-Parlament, nur eben sehr schwach vertreten, weswegen die parlamentarischen Erfolge sehr klein ausfallen: Die Linksfraktion GUE/NGL besetzt zurzeit 34 von 736 Sitzen. Trotz ihrer Minderheitenposition kann sie aber von Zeit zu Zeit Vorschläge in Resolutionen des Parlaments unterbringen. So forderte das Parlament im Jahr 2008, nach Vorarbeit der deutschen Linke-Abgeordneten Gabi Zimmer, dass die Mitgliedsstaaten Mindestlöhne auf Basis von 60% der nationalen Durchschnittslöhne einführen sollten. Es verlangte Mindesteinkommen auf Basis von 60% der nationalen Medianäquivalenzeinkommen, eine zügige Beseitigung von Kinderarmut und Obdachlosigkeit und einen Ausbau von -und flächendeckenden Zugang zu hochwertigen Sozialdienstleistungen. Die von den Gewerkschaften geforderte „Soziale Fortschrittsklausel“ für den Vorrang sozialer Rechte vor wirtschaftlichen Freiheiten wird immer wieder in den parlamentarischen Prozess eingebracht, bis jetzt jedoch ohne Erfolg. Weitere Forderungen der Linken, die sich inzwischen sogar im Kommissionspapier zur Plattform gegen Armut wieder finden, sind das Recht auf Wohnen und Energieversorgung und weitere soziale Mindeststandards.

Europäisierung sozialer Kämpfe?

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und Dachorganisationen sozialer Mitgliederverbände wie Solidar, Eapn oder Feantsa sind auf EU-Ebene aktiv, nicht nur bei Großdemonstrationen, auch im täglichen Kampf um Einfluss. Ihre mächtigen Antagonisten, die großen europäischen Wirtschaftsverbände unter dem Dach von Business Europe, sind meistens mehrere Schritte voraus, was ihren Lobbyeinfluss auf EU-Politik angeht. Als „Sozialpartner“ werden EGB und Business Europe bei sozial- und beschäftigungspolitisch wichtigen Vorhaben konsultiert. Zwar gibt es Ansätze einer Europäisierung sozialer Kämpfe, etwa bei den Großdemonstrationen des EGB in Brüssel und Straßburg, doch wesentlich bleiben sie nationale Abwehrgefechte. Menschen in Deutschland, den Niederlanden oder Dänemark werden dabei gegen Menschen im Süden Europas ausgespielt. Es gibt zwar Solidaritätserklärungen des

EGB etwa mit den Streikenden in Griechenland, doch ohne durchschlagende Wirkung. Beim derzeitigen Stand ökonomischer und politischer Integration in Europa ist eine Nationalisierung außer- und innerparlamentarischen Widerstands jedoch verheerend. Denn während einerseits die europäische Politikebene vielfach genutzt wird, um national verankerte soziale Rechte auszuhebeln, womit die EU tatsächlich ein Instrument für „Klassenkampf von oben“ sein kann, lassen sich andererseits national schon lange keine Proteste mehr organisieren, die gegen die globalisierte Ökonomisierung sozialer Verhältnisse wirksam werden könnten. Hoffnung machen Zusammenschlüsse wie die Spring Alliance, ein breites europäisches Bündnis aus Sozialverbänden und Gewerkschaften, die sich im „Europäischen Jahr gegen Armut 2010“ gegründet hatte, um die Beseitigung von Armut zu fordern und für eine Stärkung der Sozialpolitik in der EU zu kämpfen. Die Zukunft hängt davon ab, ob es gelingt, den europäischen Protestgeist von der Funktionärsebene auf die untersten Ebenen der Mitgliederverbände zu transportieren.

Eine demokratisch-sozialistische Antwort auf die ökonomisch großenteils antisozial konstruierte EU muss

sein, politische und soziale Kämpfe europäisch zu gestalten und sich die EU sozial und demokratisch anzueignen. Das heißt einerseits, die Rechte von Gewerkschaften zu kollektiven Maßnahmen verteidigen und grenzüberschreitend ausweiten, Stopp der Privatisierungen von Dienstleistungen, Einführung armutsfester und Teilhabe sichernder Mindeststandards auf EU-Ebene. Das bedeutet andererseits eine Diskussion um die Zukunft der EU: Wie kann es gelingen, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen? Soll die EU eine demokratische, föderale Republik werden, ein Bundesstaat mit gleichen sozialen und freiheitlichen

Rechten für alle darin lebenden Menschen? Allein, die soziale und emanzipatorische Zukunft der EU bleibt eine Frage der Macht, der Fähigkeit und des Willens sozialer Akteure, grenzüberschreitend und bisweilen antinational solidarisch zu agieren. Die nationale Zersplitterung der sozialen Frage, verknüpft

mit der chauvinistischen Hetze gegen „faule“ Griechen oder Portugiesen in Deutschland ist leider, bis auf weiteres, die vorherrschende rechtspopulistische Antwort auf die Verwerfungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

*Politikwissenschaftler, 2008-2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter von MEP Gabriele Zimmer, Ausschuss für Beschäftigung und Soziales



Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH – eine der Branchengewerkschaften unter dem Dach des EGB)

Kampagne für ein asbestfreies Europa läuft an

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass jährlich weltweit über 100 000 Menschen an den Folgen von asbestbedingten Krankheiten sterben. Unterschiedliche Schätzungen liegen zu der Frage vor, wie hoch die Dunkelziffer ist. Sie dürfte jedoch ebenfalls sehr hoch liegen, da Asbestexpositionen häufig nicht bekannt sind und daher entsprechende Untersuchungen auch nicht stattfinden. Tendenz bei den Todeszahlen: weiter steigend. Dies gilt auch für Europa, wo nach langen Auseinandersetzungen seit 2005 ein EU-weites Asbestverbot gilt.

Trotz dieses europaweiten Asbestverbotes ist das Problem noch lange nicht gelöst. Beispielsweise werden

asbesthaltige Produkte auf den europäischen Markt importiert, da eine Marktüberwachung kaum funktioniert. Es gibt nach wie vor eine weltweite Asbestlobby, vor allem in den Staaten die Asbest in großem Umfang abbauen und exportieren (u.a. Kanada, Kasachstan, Russland). Die kanadische Regierung hat gerade Subventionen in Höhe von 50 Mio. Kanadische Dollar für eine neue Asbestmine in Aussicht gestellt. Bereits vor etwa 10 Jahren hatte Kanada Frankreich vor die WTO gezerzt, da Frankreich seinen Markt für asbesthaltige Produkte aus Kanada verriegelt hatte. Und erst Ende Juni diesen Jahres verhinderte Kanada die Aufnahme von Chrysoti-

lasbest (Weißasbest) in die sogenannte Rotterdam-Liste, auf die gefährliche Chemikalien gesetzt werden, für die dann ein besonderes Verfahren für den Handel gilt. Da dieses Verfahren auf Einstimmigkeit beruht, reichte es nicht dass 142 von insgesamt 143 Staaten für die Aufnahme stimmten. Kanada war dagegen. Für die internationale Debatte ist aber auch zu berücksichtigen, dass insbesondere Drittweltländer Asbest als Baustoff nach wie vor schätzen, auch mit dem Hinweis, dass aufgrund des Verhältnisses von langen Inkubationszeiten bei asbestbedingten Erkrankungen und der durchschnittlichen Lebenserwartung Asbesttote kaum vorkommen.

Für Europa wird jedenfalls davon ausgegangen, dass die Zahl die Todesfälle noch bis etwa 2020 ansteigt, um dann langsam abzusinken. Das Problem ist hier wesentlich das verbaute Asbest, insbesondere in öffentlichen und privaten Bauten. Asbest ist zwar meist in anderen Materialien gebunden, aber oft nur schwach. Wird renoviert, das Dach erneuert, die Heizung oder die Elektrik angefasst oder das Gebäude abgerissen, kann es leicht zu Expositionen kommen. Weiter geht es dann in der Entsorgung und beim Recyceln. In der Schweiz werden heute beispielsweise die höchsten Asbestexpositionen in der Recyclingwirtschaft gemessen, wo Baumaterialien weiterverwertet werden. Nach wie vor sind also Leute und Berufe, die professionell Asbestsanierungen durchführen als auch solche, die unbeabsichtigt mit Asbest in Berührung kommen diesem Stoff ausgesetzt. Natürlich aber auch Bewohner und Nutzer von öffentlichen Gebäuden. Derzeit versuchen beispielsweise in Großbritannien Aktivisten ein landesweites Programm zur Asbestsanierung von Schulen durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH – eine der Branchengewerkschaften unter dem Dach des EGB) im letzten Jahr eine Kampagne begonnen, deren Ziel es ist, Europa bis 2023 asbestfrei zu bekommen. Fünf Kernbereiche sind formuliert worden, in denen weiterer Handlungsbedarf gesehen wird. Dies sind:

- I. Die Registrierung von Asbestquellen, Meldung von Asbestsanierungsfirmen und ärztliche Aufsicht
- II. Sichere Arbeitsbedingungen
- III. Die Ausbildung der Arbeitnehmer
- IV. Die Anerkennung der durch Asbest verursachten Erkrankungen
- V. Anerkennungsverfahren und Entschädigung der durch Asbest verursachten Krankheiten

(<http://www.efbwww.org/default.asp?Issue=Asbestos Documents and Posters&Language=EN>)

Von Beginn der Kampagne an wurde

das Ziel formuliert, Aktivitäten auf europäischer und auf nationaler Ebene zu verbinden. Eine zentrale Frage, die die beteiligten Leute bewegt hat war, wie eine solche Kampagne vor dem Hintergrund recht limitierter Ressourcen operationalisiert werden kann. Es stellte sich jedoch heraus, dass Anknüpfungspunkte und Kooperationsmöglichkeiten durchaus zu finden sind für nationale Aktivitäten als auch auf der europäischen Ebene, auch mit geringen Ressourcen. Die unterschiedlichen Erfahrungen in den verschiedenen Ländern sind zwar nicht einfach zu übertragen, wirken aber anregend.



So arbeitet die Schweizer Unfallversicherungsanstalt derzeit Qualifikationsleitfäden für verschiedene Beschäftigtengruppen aus, die mit Asbest unbeabsichtigt in Berührung kommen können. Dabei werden auch spezifische Tätigkeiten beschrieben und hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit mit einem Ampelsystem versehen. Diesen Ansatz aufnehmend haben die europäische Gewerkschaft und der entsprechende Arbeitgeberverband für den Bausektor entschieden, ein gemeinsames EU-gefördertes Projekt für die Ausarbeitung von Qualifizierungsbausteinen zu beantragen. Auch das Beispiel Polen, das einzige europäische Land, das bereits einen Ausstiegsplan hat (bis 2032 soll alles Asbest in Polen sicher entsorgt sein), dient jetzt als Orientierung für Leute aus anderen Ländern.

Aber auch auf der EU-Ebene selbst weisen die bisherigen Erfahrungen auf Kooperationsmöglichkeiten hin, die nicht einfach augenscheinlich sind. Zwei Beispiele: In Gesprächen mit der Europäischen Kommission (General-

direktion Beschäftigung und soziale Angelegenheiten) wurde schnell deutlich, dass die Kommission kein homogener Block ist (die GD Beschäftigung gilt als schwach). Die beteiligten Kommissionsbeamten hatten durchaus Interesse an einer Konkretisierung von Aktivitäten zur Beseitigung des noch vorhandenen Asbests gezeigt. Die Ankündigung, die EFBH werde im Rahmen der Diskussion für eine neue EU-Arbeitsschutzstrategie (2013 bis 2020) solche konkreten Anforderungen stellen, wurde geradezu freudig aufgenommen. Im Konzert der Fachverwaltungen der Kommission spielt also der Druck von außen durchaus eine Rolle für die internen Durchsetzungschancen. Die öffentlichen Konsultationen, die regelmäßig im Zusammenhang mit Legislativvorhaben durchgeführt werden, sollten also in ihrer möglichen Wirkung nicht unterschätzt werden.

Auf der Suche nach Bündnispartnern im Europäischen Parlament (EP) fanden sich Vertreter aus verschiedenen Fraktionen, die Interesse an der Eingabe von vorbereiteten schriftlichen Anfragen an die Kommission hatten. Das EP hatte in den letzten Jahren bereits in zwei Stellungnahmen zu anderen Legislativvorhaben das Thema Asbest aufgenommen und von der Kommission gefordert, zu verschiedenen Aspekten konkrete Aktivitäten einzuleiten. Das Asbestproblem ist also bekannt und anerkannt. Letztlich hatte die Sozialdemokratische (S&D) Fraktion Interesse, das von der

EFBH vorgestellte Aktionsprogramm (in Teilen) als Initiative des EP zu übernehmen. Auf einem gemeinsam im EP durchgeführten Seminar zum Thema, an dem 55 Menschen teilnahmen, wurde verabredet, dass die S&D-Fraktion beantragt, eine Initiativbericht zur Asbestproblematik im Beschäftigungsausschuss des Parlamentes zu initiieren. Normalerweise reagiert das EP auf die legislativen Initiativen der Kommission. Es kann allerdings mit den Initiativberichten im Rahmen der verabschiedeten EU-Politiken auch auf Lücken oder Unzulänglichkeiten im Rechtsbestand hinweisen und so legislative Maßnahmen einleiten. Im Rahmen eines Initiativberichtes können Anhörungen durchgeführt, Untersuchungen durchgeführt und Berichte erstellt werden und es werden schließlich Beschlussvorlagen für die Plenarsitzung des Parlamentes erstellt. Also durchaus ein Moment der aktiven Rolle des Parlaments und Raum für weitere Kooperationsmöglichkeiten.

Rolf Gehring

„Mängel ohne Ende in der Fließmontage Bad Cannstatt“

Die Konjunktur läuft. In den Firmen häufen sich die Versuche, jeden Umsatz und Profit mitzunehmen, mit wenig oder ohne Rücksicht auf die Beschäftigten. In der IG Metall Betriebszeitung „Scheibenwischer“ für die Beschäftigten bei Daimler Untertürkheim ist ein Beispiel aufgeführt:

Die Mitglieder des Ausschusses für Leistungsbemessung des Betriebsrates haben sich vor kurzem ein Bild von den Arbeits- und Leistungsbedingungen in der „Move-Montage“ in der Kostenstelle 2078 in der PMO in Bad Cannstatt gemacht. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten dort an einer Fließmontage. Das bedeutet, sie arbeiten wie in den siebziger Jahren an einem Band, das ständig weiterläuft.

Ergonomische Mängel: Das Fließband hat zahlreiche ergonomische Mängel, so gibt es beispielsweise keine höhenverstellbaren Werkstückträger oder Werkzeuge. Alle arbeiten auf einer Einheitshöhe. Das heißt: Große müssen sich bücken, Kleine müssen sich strecken. Das schadet dem Rücken und den Gelenken. An dieser Stelle hat Daimler zwar kurzfristig Geld gespart. Auf der anderen Seite wird sich das Unternehmen aber wieder über einen zu hohen Krankenstand in der Kostenstelle beklagen, der langfristig mehr Kosten verursacht.

In der Kostenstelle 2078 gibt es keine Vesper-Einholer. Das heißt die Beschäftigten müssen in den 20 Minuten Vesperpause die rund 1000 Meter (einfach) zum Shop zurücklegen und wahrscheinlich auf dem Rückweg schon anfangen zu essen. Ob da Zeit zum Händewaschen vor dem Essen war oder zum Auftragen der Schutzcreme interessiert die Firma offensichtlich nicht.

Frischluft fehlt: Ein weiteres Problem in der Kostenstelle 2078: Es gibt so gut wie keine Frischluftzufuhr. An einem Bandabschnitt gibt es nur zwei Stellen für Frischluftausströmungen.

Diese sind rund zehn Meter von den Arbeitsplätzen entfernt. Der Betriebsrat empfiehlt in solchen Fällen so genannte „Frischluffseen“. Dabei wird die Frischluft unterhalb des jeweiligen Arbeitsplatzes zugeführt.

Was auch für Ärger sorgt: Der einzige Kühltank steht mitten in der Anlage und ist nur erreichbar, wenn die Kollegen über das Band laufen. Dies ist nicht nur verboten, sondern auch gefährlich. Der Betriebsrat wird sich auch um dieses Problem kümmern.

Im Übrigen können die Kolleginnen und Kollegen in der „Move-Montage“ nicht ohne weiteres während der Arbeit etwas trinken. Die Stationen sind so eng ausgetaktet, dass der Kollege praktisch schon aus dem Takt kommt, wenn er nach seiner Sprudelflasche greift. Der Leistungsbemessungsausschuss wird das abstellen.

Keine Rotation möglich: Die meisten Kollegen in der Kostenstelle 2078 sind noch jung. Doch auch sie kommen kaum dem vorgegebenen Takt hinterher. Das zeigt auch die große Anzahl an Qualitätsstopps. Wie sollen da erst die älteren Kollegen dem Takt hinterherkommen? Der Takt muss für alle passen. Besonders ärgerlich ist, dass an den Stationen so gut wie keine entlastenden Tätigkeiten vorgesehen sind. Der Ausschuss Leistungsbemessung wird die Eintaktung überprüfen und gegebenenfalls reklamieren.

Die Arbeitsbedingungen müssen schnellstmöglich verbessert werden. Denn eines ist klar: So darf keine moderne Montage aussehen, an der Premium-Motoren montiert werden.

BDA-Präsident kritisiert Merkmals Euro-Krisenmanagement. *HB, Sa./So. 16./17.7.2011.*

Wirtschafts-
presse

Arbeitgeberpräsident D. Hundt hat vor dem Euro-Sondergipfel am Donnerstag deutliche Kritik am aktuellen Krisenmanagement geäußert und vor allem von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen klareren Kurs gefordert. „Deutschland hat in gewisser Weise eine Lokomotivfunktion und muss bei der Lösung des Problems eine Führungsrolle übernehmen“, mahnte Hundt in einem Interview mit dem Handelsblatt. „Die Zeit für kleine Schritte, die die Finanzmärkte nicht überzeugen, ist nach den Spekulationen gegen italienische Staatsanleihen endgültig vorbei“, sagte er. Bedauerlicherweise fehle es jedoch an einer klaren Perspektive, monierte Hundt. Das gelte sowohl für die Kanzlerin, als auch für die Vertreter der Bankenwelt.

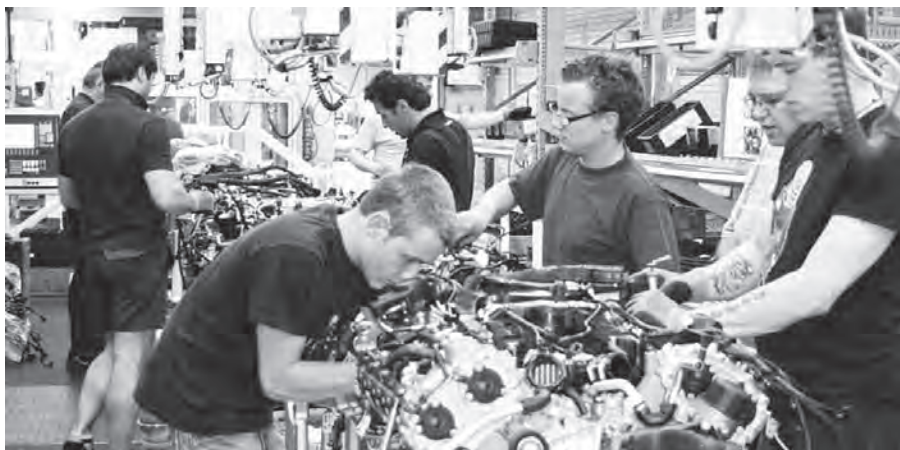
BDA fordert Schuldenschnitt für Griechenland. *HB, Do. 21.7.2011.* Nach Einschätzung des BDA-Präsidenten wird ein Schuldenschnitt für Griechenland notwendig sein.

„Wenn einem Patienten mit Medikamenten nicht mehr zu helfen ist, muss irgendwann die Entscheidung für eine Operation fallen“, urteilte Hundt über die Probleme Griechenlands und äußerte zugleich deutliche Sorge um die Zukunft der Gemeinschaftswährung. „Noch ist der Euro nicht geschwächt, aber er ist gefährdet“, sagte er.

Auch für die deutsche Wirtschaft könne er sich allerdings eine noch aktivere Rolle bei der Erneuerung der griechischen Wirtschaft vorstellen, machte der Arbeitgeberpräsident deutlich. „Wir müssen sehen, wo und wie wir helfen können“, sagte er. Interessant seien beispielsweise Überlegungen für einen Ausbau Griechenlands als Standort für Solarenergie. „Zudem könnten sich deutsche Unternehmen an Investitionsprojekten beteiligen“, sagte Hundt. Das Problem sei, „dass es bisher keine konzertierte Aktion in dieser Richtung gibt.“

Deutsche Konzerne feiern Rekorde.

FAZ, Mi. 6.7.2011. Die meisten Unternehmen melden bereits wieder Rekorde bei Umsatz und Gewinn. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 erwirtschafteten alle 30 DAX-Unternehmen Gewinne. Die deutschen Unternehmen sind international wettbewerbsfähiger als vor der Krise, wie der Aufstieg deutscher Unternehmen in der Tabelle der größten internationalen Unternehmen gemessen an der Börsenkapitalisierung zeigt. Vor allem die hohe Nachfrage aus Asien mit neun Prozent Wachstum aus China ist eine Ursache für das Wachstum. Im China sind mehr als 5000 deutsche Unternehmen aktiv. *Zusammenstellung: rst*



„De laude novae militiae“ –

Zu Hintergründen des Anschlags von A. Breiviks am 22. August in Oslo und auf der Insel Utøya

In der modernen reifen Industriegesellschaft hat jedes gesellschaftliche Ereignis sein Maß, auch die Verbrechen, die von Einzelnen begangen werden können, sind katalogisiert, gleich wie vorweg schon beschrieben. Vorgänge, die aus diesem Rahmen heraustreten, sind selten, und wo sie doch eintreten, führt das zu Änderungen der politischen und kulturellen Ordnung. Solche Folgen wird der Anschlag haben, der letzten Freitag zuerst das Regierungsviertel der norwegischen Hauptstadt Oslo und wenig später ein Jugendcamp der sozialdemokratischen Regierungspartei auf der unweit gelegenen Ferieninsel traf. In die Trauer um die Opfer mischt sich Angst, und die öffentlichen Bekundungen, diese Wahnsinnstat dürfe die soziale und demokratische Verfassung des Landes nicht beeinträchtigen, ist ehrenwert, aber unrealistisch. Denn die Tat ist eine Ausgeburt sozialer und kultureller Veränderungen, der Wahn, in dem sich der Täter verfangen hat, zeigt innere Logik und Methode, und erkennbar ist auch der gesellschaftliche Sinn, den A. Breivik meint. Er sieht sich als christlicher Soldat im Kampf gegen Islamismus und Marxismus.

Der Tathergang zeigt einen gut informierten Menschen, der gesellschaftliche Funktionsabläufe einschätzen und Ressourcen, Wissen und Sachen, seinem Zweck gemäß einsetzen kann. Diese Mittel, die dieser leidlich gebildete und situierte norwegische Staatsbürger einsetzte, sind für den gesellschaftlichen Durchschnitt erschwinglich, Verarmten und Ausgegrenzten stünden sie nicht zur Verfügung, ein bedeutendes Vermögen setzten sie aber keineswegs voraus. A. Breivik, der sich durch sein Morden in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt hat, lebte unauffällig, vielleicht vereinsamt, jedenfalls vereinzelt. Breivik hat indessen die Öffentlichkeit gesucht und im spezifischen Sozial- und Kommunikationsraum der Internetauftritte auch gefunden. Die genaue Untersuchung der Tat, ihrer Vorbereitung und ihrer Ausführung wird zeigen, ob A.B. bloß in die Welt hinausschrie, was ihn bewegte, oder ob er auch Zuspruch, Bestärkung, Unterstützung seiner Ansichten und vielleicht sogar seiner Pläne erfahren hat. Nach Angaben der Polizei ergibt sich der schwer bewaffnete und noch reichlich mit Munition versehene Widerstandslos den endlich am Tatort eintreffenden Einsatzkräften. Die Tat ist für Breivik nicht das Ende. Mit ihr hat

er seiner Botschaft die Bühne bereitet. Sein in englischer Sprache verfasstes „Manifest“ stand im Internet – unser Bild zeigt eine Fassung des Titels – und wird weiter umlaufen. Es muss sich erst noch zeigen, wie die Öffentlichkeit Norwegens, namentlich das Rechtssystem mit dieser Situation umgehen. Sollen sie Breivik erlauben, mit seinen Morden für seine Publikation zu werben? Oder sollten sie die Öffentlichkeit aus dem Verfahren ausschließen und so die Auseinandersetzung mit den politisch-ideologischen Hintergründen fast unmöglich machen?

Das Wahnbild vom Soldaten Christi, der gegen den Untergang des Abendlandes antritt, ist mit Strömungen und Potentialen lose gekoppelt, die im Spektrum der öffentlichen Meinung hohe Prozentzahlen erreichen. Er konnte sich bei der Vorbereitung seiner Tat etwa durch die Erfolge der ausländerfeindlichen norwegischen Fortschrittspartei bestärkt fühlen. Es handelt sich um einen Wahn mit politischen Bezügen und gerade das kann nicht durch Bestrafung des Täters erledigt werden, es muss in der öffentlichen Meinung verarbeitet werden, und das kann nicht nur am Ort des Verbrechens geschehen. Betroffen ist die Weltgesellschaft, deren eine Grundlage – die Mobilität von Menschen und Sachen und damit verbunden die Anerkennung von Menschenrechten – die Tat untergraben will. Wie also koppelt sich Breiviks Wahn mit dem christlich-fundamentalistischen Sinn?

Die kulturelle Homogenität der skandinavischen Staaten ist hoch. Der Protestantismus hat als Staatsreligion ihre Entwicklung von armen Agrargesellschaften zu Sozialstaaten auf industrieller Basis getragen. Der Staat hat sich auf diesem Wege zur konstitutionellen Monarchie entwickelt, der König ist, auch in Norwegen, Oberhaupt der Kirche und des Staates. (Zur Entwicklungsgeschichte der nordischen Staaten siehe auch zwei Aufsätze von Edda Lechner³.)

Die nordischen Staaten waren nie in der Lage, ihr Schicksal zentriert auf den inneren Markt zu gestalten, sie suchten und fanden ihren Weg in die moderne Weltwirtschaft als Spezialisten, eingebettet in international arbeitsteilige Beziehungen. Dabei hat sich eine Balance zwischen Weltoffenheit und Tradition herausgebildet, die als gerades Gegenteil zu dem besonders von Hitler-Deutschland verfolgten hegemonialen, rassistischen Herrschaftsgebilde



Titelbild von Breiviks Manifest. Die Abbildung zeigt ein historisches Siegel der Templer mit der Inschrift: „MILITUM CHRISTI SIGILLUM“, was etwa Siegel der Soldaten Christi bedeutet. Die Doppelgestalt auf dem Schlachtross hat zu verschiedenen Interpretationen Anlass gegeben, nahe liegt die Idee der Doppelgestalt von Ritter und Mönch. Ebenfalls aus der Emblematik des Templerordens stammt das groß ausgeführte Kreuz. Die Inschrift „De laude novae militiae“ bezieht sich auf eine Programmschrift des Bernhard von Clairvaux, die den Templerorden rühmt und im Zusammenhang mit den Kreuzzügen das Morden Ungläubiger rechtfertigt. Eine Deutung der Krone im Doppelkreis ist dem Autor nirgendwo untergekommen, in der Heraldik soll die Verbindung von Krone und Kreuz himmlische Belohnung versprechen. – Vom Titel des sog. „Manifests“ existieren im Internet verschiedene Varianten.

gesehen werden kann. Zwischen dem „Volkshaus“ der nordischen Vorsorgestaaten und der „Volksgemeinschaft“ der Nazis klaffen Abgründe.

Die Balance zwischen Weltoffenheit und Tradition, Respekt vor den Rechten des Individuums und vorsorglich eingreifendem Staat hält jedoch, das zeigt sich in den jetzt vergangenen Jahrzehnten immer deutlicher, in dieser hergekommenen Form den neuen Entwicklung der Weltwirtschaft und -gesellschaft nicht stand. Die kulturelle Homogenität des Staatswesens lässt sich in dieser neuen Welt nicht durchhalten. Die in den Außenbeziehungen kultivierte und tradierte Weltoffenheit und Aufgeschlossenheit müssen im sozialen Binnenleben Entsprechung finden, Traditionen müssen sich umformen, ein Prozess von langer Dauer, in Generationen zu messen. Denn Traditionen leben nicht nur irgendwie im Raum der öffentlichen Meinung. Sie bewähren sich als Mittel individueller Lebensorganisation. Sie bieten Möglichkeiten gemeinsamer Lebensplanung. Dazu dürfen Traditionen nicht bloß aus Meinungen bestehen, sie müssen sich auf Leistungen und Gewährleistungen der öffentlichen Hand, der politischen Macht beziehen können.

Das Phänomen veraltender Traditio-

nen zeigt sich in individuellen Tragödien, scheiternder Lebensplanung, Sinnverlust, Verstörung. Die Geschädigten reagieren sehr oft mit einer Hinwendung zur Tradition, die angesichts der Umstände als Karikatur und Fanatismus erscheint. Ins Politische gewendet entstehen Forderungen nach Lebenshilfen der öffentlichen Hand und nach Abwehr der störenden Entwicklungen an den Grenzen und im Inneren durch nackte politische Gewalt.

Unter solchen Gegebenheiten haben sich in vielen Ländern Europas neue traditionalistische Parteien herausgebildet, die auf kulturelle Homogenisierung aus sind und dabei aus den geistigen Traditionen des christlichen Abendlandes schöpfen. Der politische Bezug aufs christliche Europa ist politisch-praktisch bedeutsam. Anders als der rassistische Nationalsozialismus, der mit der durch Kriegsverbrechen und Holocaust gekennzeichneten Geschichte deutschen Vormachtstrebens verbunden wird, ermöglicht er mit dem Durchgriff auf speziell ausgewählte christlich-abendländische Traditionen eine Verbindung von Fremdenfeindlichkeit und Europatauglichkeit. So lässt sich nicht nur eine schroffe Grenze nach Außen ziehen, es können auch innerhalb Europas ein System von Kooperation und Abgrenzung versprochen werden. Denn das Ende der Religionskriege hat in Europa eine gewisse Toleranz zwischen den Spielarten christlicher Bekenntnis gebracht, aber doch auch typische Formen der Beziehung von Kirche und Staat.

Der Rückbezug auf ein wahres Dänen-, Schweden-, Finnen- oder Norwegertum, der in diesen Ländern (und nicht nur dort) zu Parteibildungen am rechten Rand des politischen Spektrums geführt hat, kann durch die Berufung auf europäisch-abendländisch-christliche Zusammenhänge aus der Sphäre des hoffnungslos Unmodernen herauskommen und gleichzeitig eine Distanz zur europäischen Erfahrung des Nationalsozialismus wahren. An-

gesichts von Wahlergebnissen in der Größenordnung von 20 Prozent wirken solche politischen Strömungen als Macht, die Normen setzen und Ziele legitimieren kann.

Die individuelle Erfahrung eines scheiternden Lebensentwurfs korrespondiert mit der politischen Versprechung einer christlichen-abendländischen Zukunft. Für die Beurteilung der norwegischen Ereignisse ist beachtlich, dass der politische Erfolg jener Strömungen, die Ballung eines Meinungspotentials zur politischen Macht, Breiviks Verbrechen vorausging. Der Wahlerfolg der sogenannten Fortschrittspartei, die Verschärfung der Einwanderungs- und Asylgesetze durch die sozialdemokratisch geführte Mehrheit sind längst Tatsachen. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung verweist auf den OECD-Migrationsbericht, nach dem sich 70 Prozent für strenger kontrollierte und/oder reduzierte Einwanderung aussprechen, Norwegen erreiche damit gemeinsam mit Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden einen Spitzenwert in dieser Statistik. Breiviks Verbrechen steht also im Zusammenhang einer Erfolgsgeschichte, sie ist nicht Ausdruck von Verzweiflung, sie will eine Entwicklung vorantreiben.

Noch selten hat ein politisches Gewaltverbrechen eine so klare und gleichzeitig komplexe Botschaft enthalten: Ziel des Angriffs war die Linke, angegriffen wurde die von dem Sozialdemokraten Stoltenberg geführte Regierung des Königreichs, getroffen wurde aber auch die Zukunft der Partei, das systematische Hinmorden der jungen Leute im Jugendlager der sozialistischen Partei. Es war ein direkter, genau gezielter Angriff auf den politischen Gegner, die Sozialdemokratie, die politische Linke. Die Wahnvorstellungen, die den Mörder geleitet haben, sind aus dem niedergeschriebenen, kodifizierten Gedankengut des historischen Christentums entnommen. Die moderne Theologie hat den ganzen Ideenkreis

der sich um Jüngstes Gericht, Versprechen von Höllenstrafen und Legitimation von Gewalt gegen Unglauben und Ungläubige gruppiert, kritisiert, aber, wie sich zeigt, diese alten Bilder und Geschichten keineswegs ein für alle Mal erledigt. Schaut man sich z.B. die fordernde Auseinandersetzung mit dem Islam an, so wird die Vermutung geweckt, dass die Abgründe des eigenen Glaubens nicht ausgeleuchtet wurden, sondern bloß externalisiert. Man kritisiert, was kritisiert werden muss, als Islamismus. Das Strukturproblem des Glaubens als innerer Wahrnehmung eines göttlichen Willen, der zu äußeren Handeln ermächtigt, von Offenbarung und Machtanspruch, muss dann nicht so dringend reflektiert werden; bis sich zeigt, welche Schreckenswerkzeuge in der Rüstkammer christlicher Tradition unbedacht herumliegen.

Ein solches Stück Tradition findet sich in der Figur des hl. Bernhard von Clairvaux², des Propagandisten der Kreuzzüge, dessen nach dem Konzil von Troyes 1128 verfasste Programmschrift zum Lob des Templerordens (*Liber ad milites templi de laude novae militiae* / Buch an die Tempelritter, Lobrede auf das neue Rittertum) A. Breivik Motto und Legitimation zum Töten lieferte. Der heilige Bernhard sagt in dieser Schrift:

„Ein Ritter Christi, sage ich, tötet mit gutem Gewissen, noch ruhiger stirbt er. Wenn er stirbt, nützt er ... wenn er einen Übeltäter umbringt, ist er nicht ein Menschenmörder, sondern sozusagen ein Mörder der Bosheit, und mit Recht wird er als Christi Rächer gegen die Missetäter und als Verteidiger der Christenheit angesehen.“ Ausführlicher siehe Kasten unten, M.F.

Bernhard wurde zwar schon 1174 von Papst Alexander III. heiliggesprochen, die katholische Theologie hat ihn allerdings nicht ruhen lassen: 1830 wurde er durch Papst Pius dem VIII. zum Kirchenlehrer ernannt. Gedenktag ist laut Heiligenlexikon der 20. August.

Die Tat wird Folgen haben, und die naheliegenden werden mit den autoritären politischen Zielen des Täters

Liber ad milites templi de laude novae militiae,¹ Bernhard von Claivaux², 1090–1153, Auszug

(...) III. DAS NEUE RITTERTUM¹

4. Die Ritter Christi aber kämpfen mit gutem Gewissen die Kämpfe des Herrn und fürchten niemals weder eine Sünde, weil sie Feinde erschlagen, noch die eigene Todesgefahr. Denn der Tod, den man für Christus erleidet oder verursacht, trägt keine Schuld an sich und verdient größten Ruhm. Hier nämlich wird für Christus, dort Christus (selbst) erworben. Er nimmt wahrlich den Tod des Feindes als Sühne gern an und bietet sich noch lieber seinem Streiter als Tröster dar. Ein Ritter Christi, sage ich, tötet mit gutem Gewissen, noch ruhiger stirbt er. Wenn er stirbt, nützt er sich selber, wenn er tötet, nützt er Christus. „Denn nicht

ohne Grund trägt er das Schwert, er steht im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der Böses tut, zum Ruhm aber für die Guten.“ (Röm 13,4; 1 Petr 2,14) Ja, wenn er einen Übeltäter umbringt, ist er nicht ein Menschenmörder, sondern sozusagen ein Mörder der Bosheit, und mit Recht wird er als Christi Rächer gegen die Missetäter und als Verteidiger der Christenheit angesehen. Wenn er aber selbst umgebracht wird, ist es klar, dass er nicht untergegangen, sondern ans Ziel gelangt ist. Der Tod, den er verursacht, ist Christi Gewinn; wenn er ihn erleidet, sein eigener. Der Christ rühmt sich, wenn er einen Ungläubigen tötet, weil Christus zu Ehren kommt. Wenn ein Christ

stirbt, offenbart sich die Hochherzigkeit des Königs, da der Ritter zur Belohnung geführt wird. Ja, über ihn wird der Gerechte frohlocken, wenn er die Vergeltung sieht. Über ihn „sagen die Menschen: Gibt es denn für den Gerechten einen Lohn? Gewiss, es gibt einen Gott, der auf Erden Gericht hält.“ (Ps 57,11f) Allerdings dürfte man die Heiden nicht töten, wenn man sie auf einem anderen Weg von den maßlosen Feindseligkeiten und von der Unterdrückung der Gläubigen abhalten könnte. Nun aber ist es besser, dass sie beseitigt werden, als dass das Zepter des Frevels auf dem Erbland der Gerechten lasten soll, damit die Gerechten nicht etwa ihre Hände nach Unrecht ausstrecken. (...)

korrespondieren. Die Vollmachten der staatlichen Sicherheitsapparate werden ausgedehnt. Die Kontrolle der Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger wird ausgeweitet. Da die Vorbereitung und Durchführung der Tat weitgehend oder ganz von einem einzelnen Bürger mit den beschränkten Mitteln eines durchschnittlichen Privatmannes bewerkstelligt werden konnte, wird der Staat Tun, Treiben und Äußerungen dieser Einzelnen verstärkt überwachen. Insbesondere das Abknallen linker Jugendlicher in einem Ferienlager, bei dem Breivik ganz im Sinne des hl. Bernhards „nicht als Menschenmörder, sondern Mörder der Bosheit“, triumphtierte, wird politisches Engagement für im weiten Sinne linke politische Ziele mit Risikoüberlegungen belasten.

Selbstverständlich distanzieren sich die relevanten politischen Strömungen der Rechten von den wahngetriebenen Verbrechen. Aber wenn es so ist, dass die von ihr vertretene Theorie der von Bedrohung durch die islamische Welt und Notwendigkeit einer christlichen-abendländischen Gegenwehr sich mit Wahnvorstellungen koppeln kann, die das Scheitern traditioneller Lebensplanung individuell auslöst, können solche Distanzierungen diese gefährliche und mörderische Konstellation nicht auflösen.

Erfolgversprechend ist eine gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die jene Strömungen nötigt, einen Weg ins das moderne Leben zu suchen, Bindung in Traditionen und Bereitschaft zur Veränderung verknüpft. Die Auseinandersetzung um die Eskapaden Sarrazins, die auch von konservativer Seite geführt wurden (siehe hier in dieser Zeitschrift Artikel zu Bahners, Christiane Schneider⁴), belegt, dass diese Auseinandersetzung geführt wird. Andererseits darf nicht unterschätzt werden, dass die Staaten der westlichen Welt den Krieg mit der islamischen Welt aufgenommen haben. Sie benötigen Kämpfer, und weil sie Kämpfer benötigen, haben sie es schwer, Ideologien zu zerlegen, die Kampfbereitschaft generieren. Es scheint, dass die gepflegten Legitimationslegenden des staatlichen geführten Interventionskriegs von Einzelpersonen handlungsleitend aufgenommen werden können.

Martin Fochler

1 Übersetzung des „Liber ...“:

http://www.kathpedia.com/index.php?title=Liber_ad_milites_templi_de_laudenovae_militiae_%28Wortlaut%29

2. B.C. 1830 als Kirchenlehrer anerkannt: http://www.heiligenlexikon.de/Biographien/B/Bernhard_von_Clairevaux.htm

3. Edda Lecher, PB 2/2009, „Das skandinavische Wohlfahrtsmodell“ – Geschichte, Analysen und Vergleiche, Edda Lechner, PB 5/2009, Die Ostsee – Geschichte, Wirtschaft, Verkehr

4 Christiane Schneider, PB 4/2011, Die Panikmacher – eine Streitschrift gegen antiislamische Glaubenskriege

Krieg im Frieden

Ausstellungsbericht von Hans Waschkau

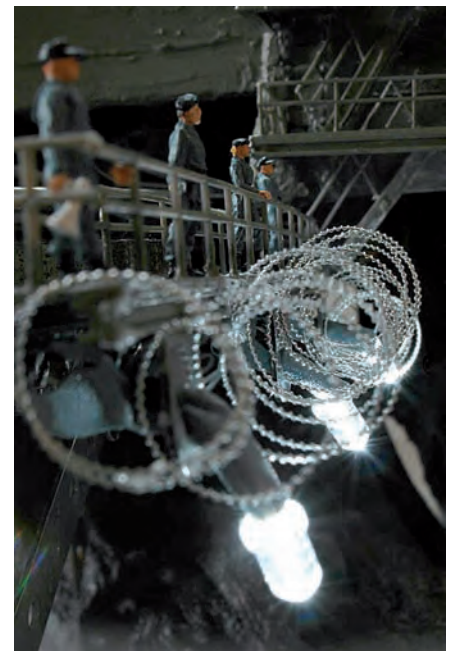
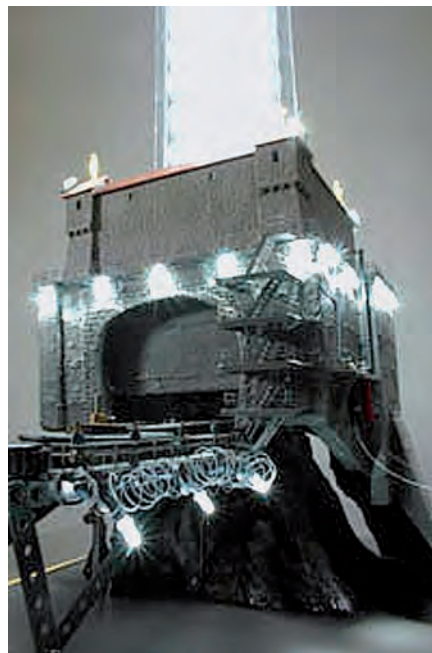
„Krieg im Frieden“ lautete der Titel einer Ausstellung im Kunstpavillon im Alten Botanischen Garten München, die vom 12. Mai bis zum 12. Juni zu sehen war. In der Presseerklärung des Kunstpavillons wird das Thema der Ausstellung auf folgende Weise erläutert:

„In der Bildenden Kunst nimmt ‚Kunst gegen den Krieg‘ eine Sonderstellung ein. Von Callot bis Picasso und Vostell appellierten Künstler in persönlicher Betroffenheit an allgemeine Wertevorstellungen. Seit 1945 hat der Krieg Europa nur noch am Rande berührt, doch er ‚schläft‘ bloß. Aufschlussreich erscheint, dass Georg Heym das Bild vom Krieg, der aus

dem Schlaf aufsteht, vor dem Ersten Weltkrieg gefunden hat. Inzwischen ist der Krieg in den Kinderzimmern und in der Mode zum frivolen Spiel geworden. Die Verharmlosung und Verniedlichung des Schreckens sollte nicht zur Gewohnheit werden, sind sie doch Indiz für den Zustand der Gesellschaft. ‚Krieg im Frieden‘ heißt die Ausstellung im Kunstpavillon, die aus einer Ausschreibung der ‚Vereinigung Bildender Künstlerinnen und Künstler in Verdi‘ hervorgegangen ist. Unter den Werken, die von einer Jury aus den Bewerbungen ausgewählt wurden, sind Malerei, Video und Installationen.“

Dieser Text deutet auf ein Problem in der Wahrnehmung der Bundeswehrein-sätze, insbesondere des aktuellen Einsatzes in Afghanistan hin. Zwar hat mittlerweile selbst die Bundesregierung zugegeben, dass es sich bei den Kämpfen in Afghanistan um Krieg handelt. Trotzdem wird Deutschland nicht als ein kriegführendes Land empfunden – der Krieg findet vielmehr in weiter

Ferne statt und berührt uns nur „am Rande“. Leider entspricht die subjektive Wahrnehmung nicht der Realität. Der Krieg ist kein Privatvergnügen der Bundeswehr – es geht vielmehr darum, andere Staaten oder auch Ländern gewaltsam zu zwingen, sich so zu verhalten, wie es sich deutsche Politiker und ihre Verbündeten vorstellen. Da sich herausgestellt hat, dass diese Form



„Der Künstler Peter Schmidt aus Baden-Württemberg setzt sich in seiner Kunstinstallation ‚Festung Europa‘ mit den Außengrenzen Europas auseinander. Er hat ein detailreiches Modell geschaffen, in dessen Mitte eine Festung aus dem Meer aufragt. Stacheldraht und uniformierte Grenzschützer schirmen sie ab. Aus der Festung erhebt sich ein mehrstöckiger, belebter Büroturm aus Glas. Der hell erleuchtete und transparente Turm bildet einen Gegensatz zu der martialisch und düster wirkenden Festung. Ebenfalls dunkel erscheint das die Festung umgebende Wasser. Darauf sind Flüchtlinge in winzig erscheinenden Booten zu sehen, die versuchen, an dieser Festung zu landen. Peter Schmidt schafft mithilfe dieses Modellbaus und der stark vergrößerten Fotos, die er aus verschiedenen Perspektiven von dieser Installation gemacht hat, ein verdichtetes Bild der europäischen Abschottungspolitik und ihrer Folgen.“ (Sozialwissenschaftlerin Evelyn Rahm). – Bilder und Kommentar zu „Festung Europa“ aus www.oma-maier.de

Die hier in Graustufen dokumentierten Bilder können in der Internetfassung dieses Beitrag, die bei der Webseite des Forums Linke Kommunalpolitik München dokumentiert ist, in Farbe betrachtet werden. www.flink-m.de, Spalte: Rezensionen/Berichte, Zeile: Ausstellungen

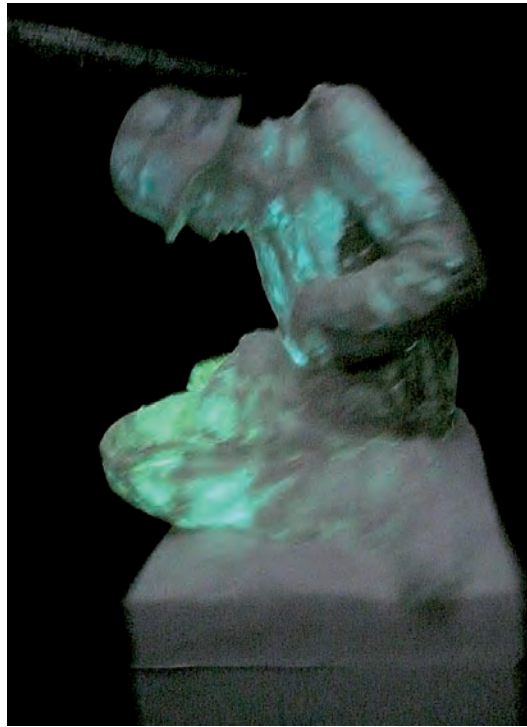


Bild links: Blick in die Ausstellung (vorne „Festung Europa“ von Peter Schmidt). Quelle: [www.suite101.de content/krieg-im-frieden--aktion--intervention-im-kunstpavillon-muenchen-a109760](http://www.suite101.de/content/krieg-im-frieden--aktion--intervention-im-kunstpavillon-muenchen-a109760)
Bild rechts: „Quo vadis?“, Andreas Pfenniger, Black Box 2010 [diese völlig dunkle Blackbox muss der Betrachter betreten, um das Werk zu betrachten. haw.] – Wie ein traditionelles Kriegerdenkmal sitzt die mit Kartenmaterial bedeckte Soldatenfigur. Beleuchtung durch ein eingespieltes Kampfcomic und drohende Naturgeräusche eines Gewitters fügen sich zur emotionalen Aussage.

der Vergewaltigung schwierig ist, wenn sich das Opfer wehrt, gibt es inzwischen Versuche, die Bundesrepublik Deutschland so zu verändern, dass sie optimal

an die Bedürfnisse der Kriegführung angepaßt ist. Dies reicht von der Werbung für die Bundeswehr an Schulen bis hin zu Versuchen, den „Krieg gegen

den Terror“ durch Verhängung einer Art von Kriegsrecht in Deutschland abzusichern, mit Suspendierung von Grundrechten und Militäreinsätzen im Landesinneren.

Wie die Erklärung der Münchner Vereinigung Bildender Künstler (VBK) in Verdi zeigt, war gerade diese Militarisierung (bzw. Re-Militarisierung) der BRD das Motiv für die Ausstellung: „Die 2010 bundesweit ausgeschriebene Ausstellung zum Thema Krieg und strukturelle Gewalt leitet sich her aus dem Selbstverständnis gewerkschaftlich organisierter Bildender Künstler. Schon in der Satzung des ‚Schutzverbandes Bildender Künstler‘ nach dem zweiten Weltkrieg, dessen Fortführung die VBK in der Gewerkschaft Verdi ist, heißt es unter anderem: ‚Der Schutzverband Bildender Künstler bekämpft alle nationalistischen, militaristischen und faschistischen Tendenzen in der Kunst und im Öffentlichen Leben.‘ In unserer Zeit sozialer Kälte unter der konservativ-liberalen Koalition hat sich wirtschaftliche und militärische Aggression nach Außen erkennbar entfaltet. Parallel dazu erfolgt deutlich ein Abbau sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig werden öffentliche Mittel für die Kultur gekürzt. Marktplätze sind nicht mehr frei zugänglich, wenn die Bundeswehr öffentliche Gelöbnisse junger Rekruten dort abhält. Wem gehört die Stadt? Die Direktoren unserer Bildungsstätten bekommen den Auftrag, die Auftritte von Werbeoffizieren in der Schule zu organisieren, während gleichzeitig die toten Soldaten aus Afghanistan zurückgeflogen werden. Argumente wie: ‚wir verteidigen am Hindukusch unsere demokratischen Interessen‘ drängen darauf, salonfähig zu werden. Staatliche Gewalt behindert diskursive und



„Gerngroß Models“:
Unverhältnis-
mäßiger Ein-
satz gegen
vermeintliche
Extremisten
Pit Kinzer,
Markt Ret-
tenbach,
C-Fotoprint,
2008



Zwei Leseempfehlungen

Vom Verschwinden

2010 veröffentlichte der an der Universität Luzern lehrende Soziologe Rudolf Stichweh mehrere im Laufe seiner Forschungen verfasste Aufsätze, die sich unter verschiedenen Gesichtspunkten und auf verschiedenen Ebenen mit der Fremdheitsproblematik befassen, in dem bei Suhrkamp stw erschienenen Band „Der Fremde“. Stichweh versteht die Soziologie des Fremden (auch) als eine „Vorgeschichte der Weltgesellschaft“ und seine Ausarbeitungen als Vorarbeit zu einer Theorie der Weltgesellschaft.

„Die Figur des Fremden“, schreibt er im Vorwort, „ist einerseits ein evolutionäres Universal aller Gesellschaften ... Andererseits verbindet sich mit der Soziologie des Fremden seit Georg Simmel und Robert Ezra Park die Frage nach den Mechanismen der gesellschaftlichen Innovation und Variation.“ (7) Der „Fremde“ ist eben nicht gleichzusetzen mit dem „Anderen“. Die soziale Erfahrung der Andersheit des Alter ego ist Voraussetzung, sich selbst als „Ich“ zu erleben. Für die soziale Erfahrung der Fremdheit dagegen ist die Irritation bedeutsam, die durch die Andersheit des Alter ego ausgelöst wird. (162) Diese Irritation bedeutet eine Störung, die die Gesellschaft verarbeiten muss. An anderer Stelle führt Stichweh in Bezug auf historische Gesellschaften aus, dass der Fremde eigentlich kein Fremder ist, sondern eigene Möglichkeiten der Gesellschaft verkörpert, die bisher nicht zum Zuge kamen, dass also die Gesellschaft „in der Figur des Fremden Störungen für sich selbst erfindet, die sie für ihre weitere Evolution benötigt“. (128f.) So zum Beispiel, wenn die gesellschaftlichen Wertorientierungen den Geldverleih gegen Zins ausschließen, der aus ökonomischen Gründen jedoch zwingend wird und deshalb in der Figur des Fremden externalisiert wird.

Stichweh macht fünf Weisen aus, wie Gesellschaften Fremde auffassen und behandeln, wie sie sich dadurch selbst beobachten, ihre Grenzen markieren und ihre Identität festlegen. Es gibt erstens einzelne Gesellschaften – die Ausnahme von der ansonsten universal gültigen These, dass es in jeder Gesellschaft Beschreibungen von der Begegnung mit Fremden gibt –, denen es nicht gelingt, Fremde überhaupt zu erkennen. Ein zweiter Typ von Gesellschaft erkennt die Beunruhigungsqualität des Fremden und konzentriert sich völlig darauf, die Fremdheit zum Verschwinden zu bringen, sei es durch Tötung oder Vertreibung oder Inkorporierung des Fremden. Drittens: Die stratifizierten Hochkulturen der letzten Jahrtausende

demokratische Lösungen gesellschaftlicher Konflikte im Lande. Unter dem Schutz einer formalisierten Justiz erheben rechtsradikale Gesinnung und Aktivität frech inmitten der Gesellschaft ihr Haupt. Das Vertrauen in die staatlichen Systeme zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und für die soziale Sicherung der Jugend schwindet. Alles das zeigt Wirkung auch in den privaten Beziehungen der Menschen in der Bundesrepublik: Verunsicherung und Zukunftsangst und in der Folge Unachtsamkeit und Aggression! „Krieg im Frieden?“ – wieso also nur mit Fragezeichen?“

Erfreulich war das große Interesse an der Ausstellung – über 100 Künstlerinnen und Künstler hatten sich für die Teilnahme beworben. Durch die Auswahl der Jury kam eine Ausstellung mit hoher Qualität zustande. Trotzdem machte die Ausstellung auch die Problematik politisch engagierter Kunst deutlich. Der Kunstdiskurs hat – zumindest im ehemaligen Westdeutschland – den Blick des Betrachters allein auf die Form des Kunstwerks gelenkt. Die meisten Betrachten von Kunstwerken erwarten

keine Bedeutung und sehen sie deshalb auch nicht. Die Bereitschaft sich darauf einzulassen, dass Kunstwerke komplexe Zusammenhänge abbilden können, ist gering – und allzu oft würde sie ja auch enttäuscht werden. Einige der an der Ausstellung teilnehmenden Künstler haben darauf reagiert, indem sie ihren Werken Erklärungen mitgegeben haben.

Diese Lösung des Problems hilft nur begrenzt, meistens geben sich die Betrachter mit der Erklärung zufrieden und lassen sich nicht wirklich auf die Bedeutung von Kunstwerken ein. Dies gilt sogar für politisch interessierte Menschen, wie ein Besuch des Autors in der Ausstellung ergeben hat, als nach einer Demonstration für die Abschaltung der Atomkraftwerke mehrere Demonstrationsteilnehmer sich die Ausstellung anschauten. Der VBK hat auf dieses schwierige Umfeld reagiert, indem bereits die Vernissage als Einführung in die Bedeutung der ausgestellten Kunstwerke durchgeführt wurde. Außerdem wurden Führungen durch die Ausstellung angeboten, auch über das Münchner DGB-Bildungswerk.



Bild links: „GAME SHOW“, Stefanie Wiegand, München, Fotoarbeit aus Serie „Dachauer Straße“, C-Print. Schaufenster neben einem Militaryshop mit Kitschpuppe neben Ritterrüstung als Beginn gesellschaftlicher Konditionierung.

Bild rechts: „Suicide Bomber“, Robert Kunec



des Fremden und der Evolution der Institutionen

– von Stratifikation spricht die Systemtheorie in Bezug auf Gesellschaften, die als Rangordnung repräsentiert werden und in denen Ordnung ohne Rangdifferenz unvorstellbar ist – verfügten über vielfältige Mechanismen, mit Fremden umzugehen, sie zu dulden, zu privilegieren oder zu unterwerfen, ihnen Aufgaben zuzuweisen, die Einheimischen untersagt waren, sie in Statuslücken zu platzieren, wo „Kommunikationsunterbrechungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen sie als Vermittler unentbehrlich machten“ (165). Dagegen vereinfacht – viertens – die Entstehung des Nationalstaates die diversifizierten Muster des Umgangs mit Fremden radikal: Entweder man verfügt als Einheimischer über die Mitgliedschaftsrechte oder als Fremder eben nicht. Gleichzeitig jedoch sind die nationalstaatlichen Systeme bereits eingebettet in die Entstehung der Weltgesellschaft und damit in den Prozess der „Universalisierung des Fremden“ (165) als den fünften Modus. So charakterisiert Stichweh den durch die Individualisierungsprozesse bedingten und mit der Herausbildung und Verallgemeinerung der städtischen Lebensweise fest verbundenen Strukturwandel, der die gegenseitige Fremdheit aller zur Normalität werden ließ. Alternativ zur Universalität des Fremden könnte man vom Verschwinden der Fremdheit sprechen, denn: „Am Ende ist diese Gesellschaft Weltgesellschaft, und das heißt, dass sie kein soziales Außen mehr kennt, dass es niemanden mehr gibt, den man legitimerweise einen Fremden der Gesellschaft nennen könnte.“ (174)

Wenn man dieser Analyse folgt: Woher rührt dann die keineswegs schwindende, sondern gerade in der Mitte der Gesellschaft eher wachsende „Fremdenfeindlichkeit“ (Rassismus, Islamfeindlichkeit etc.), die sich in vielen Ländern in einflussreichen rechtspopulistischen Parteien organisiert und in Deutschland nicht geringer ist, obwohl rechte Parteibildungsversuche bisher eher stocken? Stichweh sieht trotz der von ihm festgestellten Entwicklung der Universalisierung bzw. des Verschwindens des Fremden die „Figur des Fremden“ nach wie vor nicht ausgeschöpft (144). In Anlehnung an seine Untersuchung zum Thema „Weltgesellschaft und Fundamentalismus“ (177ff.) könnte man im Festhalten an dieser Figur den Versuch sehen, in einer auseinanderstrebenden Gesellschaft Übersichtlichkeit und Ordnung wiederherzustellen und die unübersichtliche Welt durch Identitätsbehauptung polar zu vereinfachen.

Dieser Versuch der „Identitätsbehauptung“ lebt keineswegs nur in den offen rassistischen, fremdenfeindlichen Ideologien fort, sondern auch in der Idee einer Leitkultur, der sich die Nicht-Deutschstämmigen, die „Menschen mit Migrationshintergrund“, zu unterwerfen hätten. Und auch in den Anmaßungen der Integrationsdebatte, der zufolge sich „die“ einzugliedern, „unsere“ Lebensweise anzunehmen hätten, um dann am Ende eines gelungenen Einordnungsprozesses die mit der Einbürgerung verbundenen Rechte erhalten zu können.

Damit setzt sich sehr kritisch der Publizist Mark Terkessidis in seinem 2010 bei Suhrkamp erschienenen Buch „Interkultur“ auseinander. In Kritik der Integrationsdebatte ebenso wie in Auseinandersetzung mit dem Konzept des Multikulturalismus plädiert er für eine „Evolution der Institutionen im Hinblick auf die neue Vielfalt der Gesellschaft“ (9). „Vielheit“ und „Evolution“, diese beiden Prinzipien sind seine Leitideen.

„Zum einen soll es darum gehen, die vorhandene Vielheit anzuerkennen. Vielheit ist kein lästiges importiertes Problem, sondern schlicht die Ausgangslage, die es zu gestalten gilt.“ (12) Längst hätten sich die Städte durch Migration und Mobilität gewandelt von der Polis, mit der man Sesshaftigkeit verbindet, zur Parapolis, in der Menschen mit unterschiedlichstem Aufenthaltstatus leben. In vieler Hinsicht stellen sich die Kommunen auf eine mobile, vielfältige Bevölkerung schon längst ein. Für die Berechnung der Auslastung des öffentlichen Nahverkehrs etwa sei der Aufenthaltsstatus der Benutzer egal, wichtig sei einzig, wer da ist.

Die Herausforderung besteht dann darin, allen in der Stadt lebenden Menschen die Möglichkeit der Mitgestaltung der Gesellschaft, der Mitgestaltung der Zukunft zu verschaffen. Dabei geht es nicht darum, Minderheiten in bestehende Institutionen einzugliedern, sondern darum, die Institutionen daraufhin abzuklopfen, ob die Räume, die Leitideen, die Regeln, die Routinen, die Führungsstile, die Verteilung der Ressourcen im Hinblick auf die Vielheit gerecht und effektiv sind. „Staatliche oder durch staatliche Gelder finanzierte Institutionen – damit sind Ämter ebenso gemeint wie kommunale Unternehmen, Museen, Bibliotheken und Erziehungseinrichtungen – werden sich verändern müssen, um der zunehmenden Vielfalt gerecht zu werden. Dieser Wandel ist eine Überlebensauf-

gabe geworden.“ (8) Die Evolution der Institutionen wird angestoßen durch die interkulturelle Öffnung, durch die Beseitigung der Barrieren, die Menschen den Zugang erschweren oder verunmöglichen und sie dadurch darin behindern, die Gesellschaft mit zu gestalten. Ziel ist nicht die Anerkennung von ethnischen Gruppen, sondern „die Schaffung eines barrierefreien Möglichkeitsraums für die Individuen, die sich möglicherweise bestimmten Gruppen zugehörig fühlen oder ihnen zugeordnet werden“ (119). Nur wenn es so gelingt, „Infrastrukturen der Vielfalt“ zu entwickeln, können die Potenziale einer vielfältigen Gesellschaft fruchtbar gemacht werden.

Eine wichtige Rolle kommt dabei der Kultur zu, weil auf diesem Feld das Selbstverständnis einer Gesellschaft maßgeblich ausgehandelt wird. Aber hier sieht es nicht besser aus, teilweise vielleicht sogar noch schlechter als auf anderen Feldern. In den Medien etwa sind Personen mit Migrationshintergrund fast gar nicht vertreten. Angeregt durch die Lektüre von „Interkultur“, hat die Hamburger Linksfraktion einmal nachgefragt und folgendes Ergebnis erhalten: Im NDR gibt es unter den 58 Mitgliedern des Rundfunkrates eine einzige Person, die in irgendeiner Weise die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund repräsentiert. Die Kirchen und die jüdische Gemeinde sind mehrfach repräsentiert, die muslimischen Gemeinschaften gar nicht. Auf den Leitungsebenen gibt es nicht eine Person mit Migrationshintergrund. Die Angaben für Redakteure und Moderatorinnen werden verweigert. Und bei den Auszubildenden – bei dieser Altersgruppe dürfte der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg geschätzt bei mindestens 50% liegen – sind es gerade 5% (10 von 201). Wo und was sind die Barrieren? Was muss sich ändern? Und was ändert sich, wenn es gelingt, sie beiseite zu räumen?

„Interkultur“ von Mark Terkessidis liefert einen wichtigen Beitrag dazu, die hemmenden Routinen zu sehen und zu kritisieren. Die Evolution der Institutionen kann, so scheint mir, viel dazu beitragen, dass es tatsächlich niemanden mehr gibt im hiesigen Segment der Weltgesellschaft, den man einen Fremden nennen kann.

Christiane Schneider

■ **Rudolf Stichweh, Der Fremde, stw 1924, Berlin 2010, 10,00 Euro**

■ **Mark Terkessidis, Interkultur, edition suhrkamp 2589, Berlin 2010, 13,00 Euro**

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Aufruf zur Eurodemonstration am 17. September in Wrocław/Breslau • Zwischenstand bei Stuttgart 21 • „Pink Panzer“ • Libyen	
Griechenland – der EU-Hilfsplan steht	4
Linke Perspektiven in Ägypten	7
Kurden als „ausländische Terroristen“ in Deutschland verhaftet	8
Auslandsnachrichten	8
IAO nimmt Übereinkommen über Hausangestellte an • Prekäre Beschäftigung: Kekse und Waffeln von Kraft • Kupferarbeiter in Chile im Streik • Protest gegen Mord an Gewerkschafter in Guatemala • Vietnam: 93 000 Beschäftigte in Schuhfabriken im Streik • Korea: Polizeigewalt gegen Gewerkschaften	
Aktionen ... Initiativen	10
Bundesweites Karawane-Treffen in Hamburg • Veranstaltungen vom 7. bis 20. November „Stoppt die Waffenhändler“ • BUND: Lufthansa wäscht sich mit Testflügen grün • European Network Academy startet am 9. August • Nur leichter Anstieg der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit • Arbeitsmarktpolitische Aufruf • Ein Jahr neues Vergabegesetz in Berlin • Protest gegen grenznahe Uranfabrik	
Kulturhauptstadt Ruhr 2010: Aus und Vorbei?	12
Freiburg: Der OB irrt!	13
Rat verabschiedet „Essener Konsens“ mit der Gewerkschaft Verdi	14
Im Nahverkehr Baden-Württemberg drohen Streiks	15
Kommunale Politik	16
Wahllos? Alternativlos? Sinnlos! Frankfurt a.M. • Regionalverband muss eigenen Armutsbericht vorlegen: Saarbrücken. • Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2013! Oldenburg. • Qualifikation und Förderung von Migrant/innen, die bei der Stadt beschäftigt sind: München. • Träger durch Zuweisungspraxis bei den Ein-Euro-Jobs gefährdet: Hamburg. • Gegen Kinder- und Familienarmut: Braunschweig. • Neues Polizeikonzept in Bad Cannstatt? Stuttgart. • Sozialticket darf nicht an Bürokratie scheitern: Essen. • Kindgerechte Spielplätze erhalten! Köln. • Pastor Urbach segnet KBA Notarzhubschrauber, die Krankenkassen nicht, Die Linke unter Vorbehalt. Kreis Segeberg	
Wer, wie, was?	18
Kampagne für ein asbestfreies Europa läuft an	19
Mängel ohne Ende in der Fließmontage Bad Cannstatt	21
Wirtschaftspresse	21
„De laude novae militiae“ – Zu Hintergründen des Anschlags von A. Breiviks am 22. August in Oslo und auf der Insel Utøya	22
Ausstellung: Krieg im Frieden	24
Vom Verschwinden des Fremden und der Evolution der Institutionen	27

Sommerschule der Linke ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ von Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. August in Erfurt

Mitgliederversammlung der ArGe am 19. August in Erfurt

Kurs Philosophie

Der Arbeitstitel lautet: „Aspekte sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche aufgrund computervermittelter Netzwerke und Kommunikationsprozesse“.

AG Internationale Politik:

Im Rundschreiben der ArGe vom November 2010 hatte die AG Internationale Politik „Themenschwerpunkte der Diskussion und für die weitere Arbeit am Thema EU“ veröffentlicht. Zwei Hauptschwerpunkte darunter waren: Analyse der Entwicklung und der aktuellen deutschen Politik zu den „drei Säulen“ der EU (Europäische Gemeinschaft, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“). EU, Strategiediskussion nach dem Verfassungsgerichtsurteil – wie positioniert sich die Linke? Beide Themen wird die AG in der Sommerschule weiter bearbeiten.

Kurs Wirtschaft

Allmendegüter: Die Nutzung öffentlicher Güter im Widerstreit von Gruppeninteressen. Öffentliche Güter werden öffentlich bereitgestellt, die Nutzung erfolgt durch letztlich durch einzelne Personen oder durch zusammenhängende Personengruppen. Einander ausschließende Nutzungen und – namentlich bei Naturgütern – zerstörende Nutzung schaffen im gesellschaftlichen Raum verfahrenere Situationen, die autoritäre Staatseingriffe legitimieren. Wir wollen uns im Sommer mit Fragen der gemeinschaftlichen Nutzung von öffentlichem Gütern bzw. des gemeinsamen Eigentum von Nutzergruppen beschäftigen. Wir werden dabei Texte zu Rate ziehen, die in unserer Diskussion bereits eine Rolle gespielt haben, so Charles B. Blankart, (Finanzwissenschaft, Vahlen, München 2008) und „Handbuch Sozialraum.“ (VS-Verlag, Wiesbaden 2005). Zudem möchten wir uns auch auf Arbeiten von Elinor Ostrom stützen, die in deutscher Übersetzung vorliegen. Elinor Ostrom wurde 2009 als erste Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt, gemeinsam mit Oliver E. Williamson. Ostrom habe gezeigt, „wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“, so heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Elinor Ostrom (* 7. August 1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA) ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Sie zählt mit ihrem Mann Vincent Ostrom zu den Begründern der Bloomington School.

Mitgliederversammlung der ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“

Freitag, 19.8., 19 Uhr in der JH Erfurt. Austausch über die Diskussionen in der Partei, vor allem über die Programmdiskussion.

Informationen: Die Sommerschule findet von Donnerstag bis Sonntag, 18. bis 21. August 2011, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Sonntag ca. 12 Uhr. Die ArGe-Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Freitagabend, 19. August, 19 Uhr, statt.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachteten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Bahn: Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pfortchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 8. September 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 2. September.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 6. Oktober, 3. November, 1. Dezember.